

Begründung

zur

Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Studienakkreditierung (Studienakkreditierungsverordnung – StAkkrVO)

vom 18. April 2018

I. *Allgemeiner Teil*

Die Kultusministerkonferenz hat sich am 08.12.2016 auf den Entwurf eines Staatsvertrages über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen (Studienakkreditierungsstaatsvertrag) verständigt, der inzwischen von allen Ländern ratifiziert wurde und in Kraft getreten ist. Mit dem Staatsvertrag haben die Länder die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt, das mit Beschluss vom 17.02.2016 die rechtlichen Anforderungen an das Akkreditierungssystem als Qualitätssicherungsinstrument im Hochschulbereich definiert hat. Mit dem Studienakkreditierungsstaatsvertrag sind nunmehr die Rechtsgrundlagen für die Akkreditierung als verbindliches wissenschaftsgeleitetes externes Verfahren für die Qualitätssicherung und -entwicklung in der Lehre geschaffen worden.

Neben der Normierung inhaltlicher sowie verfahrens- und organisationsbezogener Anforderungen, die durch den Gesetzgeber selbst zu treffen sind, hat das Bundesverfassungsgericht auch förmlichen Regelungsbedarf insbesondere hinsichtlich der wissenschaftsadäquaten Zusammensetzung der Akteure sowie der Verfahren zu Aufstellung und Revision der Bewertungskriterien festgestellt. Beschlüsse von Kultusministerkonferenz und Akkreditierungsrat sind als Exekutivvereinbarungen als nicht ausreichend erachtet worden.

Der Studienakkreditierungsstaatsvertrag enthält daher in Artikel 4 eine Ermächtigung für Rechtsverordnungen der Länder zur Regelung des Näheren zu

- den formalen Kriterien,
- den fachlich-inhaltlichen Kriterien,
- den Verfahren und Verfahrensabläufen und
- der Zusammensetzung der Gremien.

Auf dieser Grundlage regelt die vorliegende Verordnung auf der Basis der von den Ländern gemeinsam erarbeiteten und von der Kultusministerkonferenz am 07.12.2017 beschlossenen Musterrechtsverordnung die (ländergemeinsamen) Anforderungen an

die unabdingbaren strukturellen und qualitativen Maßstäbe für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen, die zur Sicherung der sich aus Artikel 1 Absatz 2 Studienakkreditierungsstaatsvertrag ergebenden Verpflichtung der Länder, die Gleichwertigkeit einander entsprechender Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studienabschlüsse und die Möglichkeit des Hochschulwechsels zu gewährleisten, erforderlich sind.

Den Regelungen liegen die einschlägigen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz zum Bachelor- und Mastersystem¹ und zur Qualitätssicherung durch Akkreditierung, insbesondere die ländergemeinsamen Strukturvorgaben, die bestehenden Regeln für die Akkreditierung des Akkreditierungsrates, Vorschläge seiner Arbeitsgruppe „Regelüberarbeitung“ sowie die Standards und Leitlinien für die Qualitätssicherung im Europäischen Hochschulraum (ESG) zugrunde. Dabei wurde jedoch auch die Gelegenheit genutzt, die Verfahren auf der Basis der bisherigen Erfahrungen mit der Akkreditierung weiter zu flexibilisieren und zu optimieren, um damit auch einen Beitrag zur Kostenreduzierung sowie zum Abbau von Bürokratie zu leisten. Eingeflossen sind darüber hinaus die Ergebnisse von Anhörungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), des Akkreditierungsrates, der Agenturen, des Verbandes Privater Hochschulen (VPH), der Studierenden sowie der Schulseite.

Darüber hinaus hat die Kultusministerkonferenz ein schriftliches Anhörungsverfahren durchgeführt, in das der Schulausschuss der Kultusministerkonferenz, die HRK, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite (BDA, DGB), Studierende, die Sprecher der Agenturen, der Akkreditierungsrat, die Berufsakademien, der VPH und die Kirchen einbezogen wurden. Die Hochschulen des Landes hatten zusätzlich die Möglichkeit, in mehreren Besprechungen mit dem Wissenschaftsministerium Stellung zum Entwurf der Musterrechtsverordnung zu beziehen.

Regelungen zu den von den Agenturen zu erhebenden Entgelten, für die der Studienakkreditierungsstaatsvertrag ebenfalls eine Ermächtigungsgrundlage bietet (Artikel 4 Absatz 5) waren nicht Gegenstand der von der Kultusministerkonferenz am 07.12.2017 beschlossenen Musterrechtsverordnung, sondern bleiben – soweit Bedarf besteht – gesonderten Regelungen auf der Basis einer weiteren Musterrechtsverordnung der Kultusministerkonferenz vorbehalten. Es ist vorgesehen, die Kostenentwicklung nach Ablauf von zwei Jahren zu evaluieren, um auf dieser Grundlage über die Notwendigkeit einer Kostenbegrenzung zu entscheiden.

Die Kultusministerkonferenz hat sich bei der Erarbeitung der Musterrechtsverordnung von dem im Studienakkreditierungsstaatsvertrag verankerten Grundsatz leiten lassen,

¹ Insbesondere Ländergemeinsame Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003 i.d.F. vom 04.02.2010), vgl. https://www.Kultusministerkonferenz.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2003/2003_10_10-Laendergemeinsame-Strukturvorgaben.pdf.

dass Sicherung und Entwicklung der Qualität von Studium und Lehre vorrangig Aufgabe der Hochschulen sind. Die Kultusministerkonferenz geht davon aus, dass die Hochschulen selbstverantwortlich und flächendeckend die Qualität des Studiums bei der Gestaltung ihrer Studiengänge in den Mittelpunkt stellen.

Mit der nachfolgenden Begründung sollen Erläuterungen und Auslegungshinweise zur Umsetzung der auf der Grundlage der Musterrechtsverordnung zu erlassenden Verordnung des Landes gegeben werden, um sicherzustellen, dass die Einheitlichkeit der Handhabung im Rahmen der Akkreditierung gewährleistet ist und die Zielsetzung des Staatsvertrages gemäß Artikel 1 Absatz 2 nicht durch eine divergierende Praxis gefährdet wird. Dabei gilt der auch bisher nachdrücklich vertretene Grundsatz fort, dass vorhandene Gestaltungsspielräume, die in der Musterrechtsverordnung durch eine Vielzahl von Kann- oder Sollbestimmungen und einschränkende Formulierungen zum Ausdruck kommen, flexibel und produktiv auszuschöpfen sind. Die Wahrnehmung dieser Spielräume erfordert allerdings eine nachvollziehbare Begründung durch die Hochschulen, die im Rahmen der Akkreditierung der Studiengänge bzw. in den entsprechenden Prozessen der internen Qualitätssicherung darzulegen und nachzuprüfen ist.

Die Studienakkreditierungsverordnung basiert auf der von der Kultusministerkonferenz am 07.12.2017 beschlossenen Musterrechtsverordnung. Soweit in der Musterrechtsverordnung auf das jeweilige Landesrecht verwiesen wird, wurden die Verweisungen durch die Nennung der konkreten Regelungen im Landesrecht konkretisiert (§ 3 Absatz 2 Sätze 4 und 5 sowie § 5 Absatz 2 Sätze 2 und 3 und Absatz 3 der Musterrechtsverordnung). Soweit die in der Musterrechtsverordnung genannten Optionen im Landesrecht nicht bestehen, wurden die Regelungen nicht übernommen (§ 5 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2, § 8 Absatz 5 und § 13 Absatz 3 Nummer 1 Musterrechtsverordnung). Die spezifischen Regelungen zur Akkreditierung von Ausbildungsprogrammen an Berufsakademien sind ebenfalls entfallen, weil sie für Baden-Württemberg gegenstandslos sind (§ 1 Absatz 2 Satz 1 und § 21 Musterrechtsverordnung). Im Einzelnen wird auf die Einzelbegründung verwiesen. Außerdem wurde der Text redaktionell überarbeitet und an die Verwaltungsvorschrift der Landesregierung und der Ministerien zur Erarbeitung von Regelungen (VwV Regelungen) angepasst.

II. Einzelbegründung

Zu Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften

Zu § 1 – Anwendungsbereich

Absatz 1 bestimmt den Regelungsgegenstand der Rechtsverordnung, die sich gemäß Artikel 2 Absatz 2 und Absatz 3 sowie Artikel 3 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages auf die formalen Kriterien, die fachlich inhaltlichen Kriterien und das Verfahren bezieht.

Absatz 2 trägt der Beschlusslage der Kultusministerkonferenz zur „Einordnung der Bachelorausbildungsgänge an Berufsakademien in die konsekutive Studienstruktur“ vom 15.10.2004 Rechnung², dass Ausbildungsgänge an Berufsakademien, die zu der Abschlussbezeichnung „Bachelor“ führen, zu akkreditieren sind. § 1 Absatz 1 Satz 1 der Musterrechtsverordnung sieht vor, dass die Regelungen für die Programmakkreditierung dabei Anwendung finden, soweit keine besonderen Bestimmungen gelten, die sich in § 8 Absatz 6 und § 21 befinden und in der dualen Konzeption der Ausbildung begründet sind. Die an Berufsakademien verliehene Abschlussbezeichnung „Bachelor“ ist kein Hochschulgrad, sondern eine staatliche Abschlussbezeichnung. Diese Regelung ist für Baden-Württemberg gegenstandslos, weil es in Baden-Württemberg keine Berufsakademien gibt, deren Ausbildungsgänge akkreditiert werden könnten und wird daher nicht in die Studienakkreditierungsverordnung des Landes übernommen.

Die Akkreditierung dieser Ausbildungsgänge entsprechend den Regelungen des Studienakkreditierungsstaatsvertrags und der Studienakkreditierungsverordnungen der Länder, in denen es Berufsakademien gibt (z.B Hamburg, Hessen, das Saarland und Sachsen) ist jedoch Grundlage für die hochschulrechtliche Gleichstellung der Bachelorabschlüsse von Berufsakademien mit Bachelorabschlüssen von Hochschulen (§ 1 Absatz 2 Satz 2 der Musterrechtsverordnung), die insbesondere den Zugang zu Masterstudiengängen eröffnet und damit die Durchlässigkeit der Bildungssysteme erhöht. Es besteht die Erwartung, dass mit der hochschulrechtlichen Gleichstellung auch die berufsrechtliche Gleichstellung verbunden ist. § 1 Absatz 2 Satz 2 der Musterrechtsverordnung wird daher inhaltlich als § 1 Absatz 2 Satz 1 der Studienakkreditierungsverordnung des Landes übernommen. Er entspricht inhaltlich I.2. Satz 2 der Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums über die Zuerkennung von Studienberechtigungen (K.u.U. 2012, 136).

Zu § 2 – Formen der Akkreditierung

§ 2 definiert in Umsetzung von Artikel 3 Absatz 1 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages die möglichen Akkreditierungsgegenstände, für die die nachfolgenden Regelungen dieser Rechtsverordnung gelten.

Zu Abschnitt 2 – Formale Kriterien für Studiengänge

Abschnitt 2 greift vor allem die ländergemeinsamen Strukturvorgaben auf, mit denen sich die Länder auf die Kernelemente des gestuften Graduierungssystems als Grundlage für Mobilität während des Studiums und gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse innerhalb Deutschlands und des Europäischen Hochschulraums verständigt

² http://www.Kultusministerkonferenz.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2004/2004_10_15-Bachelor-Berufsakademie-Studienstruktur.pdf.

haben.

Zu § 3 – Studienstruktur und Studiendauer

Absatz 1 schreibt das Prinzip fest, dass in einem gestuften Graduierungssystem der Bachelorabschluss den Regelabschluss darstellt. Er muss sich durch ein eigenständiges berufsqualifizierendes Profil auszeichnen, das die Aufnahme beruflicher Tätigkeit auf dem jeweiligen Fachgebiet ermöglicht. Dies schließt nicht aus, dass für bestimmte Tätigkeiten die berufsrechtlich vorgeschriebenen Voraussetzungen erst mit der Masterebene erreicht werden.

Der Masterabschluss ist als weiterer berufsqualifizierender Hochschulabschluss definiert.

Absatz 2 stellt den Orientierungsrahmen für die Planung und Konzeption von Bachelor- und Masterstudiengängen für die Hochschulen dar; er reglementiert nicht das individuelle Studienverhalten.

Die Variabilität von 3-, 3,5- und 4-jährigen Bachelorstudiengängen und 1-, 1,5- oder 2-jährigen Masterstudiengängen im Vollzeitstudium ermöglicht eine den Anforderungen des jeweiligen Fachs und der Fachkultur entsprechende Studiengestaltung. Ausgeschlossen sind Studiengänge der Bachelorebene mit einer Regelstudienzeit von weniger als drei Jahren in Vollzeit. Die Gesamtregelstudienzeit bis zum Erreichen der Masterebene in konsekutiven Studiengängen beträgt zehn Semester.

Ausnahmen in den künstlerischen Kernfächern an Kunst- und Musikhochschulen sind nach der Musterrechtsverordnung möglich. Nach näherer Bestimmung des Landesrechts können in diesen Fächern auch konsekutive Bachelor- und Masterstudiengänge mit einer Gesamtstudienzeit von sechs Jahren eingerichtet werden³. Ferner kann landesrechtlich auch vorgesehen werden, die Regelstudienzeiten bei entsprechender studienorganisatorischer Gestaltung anzupassen. Hiervon wurde entsprechend § 29 Absatz 3 Satz 5 LHG Gebrauch gemacht, so dass in besonders begründeten Fällen, insbesondere für Studiengänge im Bereich der Kunst und Musik an Kunsthochschulen sowie für Teilzeitstudiengänge nach § 30 Absatz 3 LHG längere Regelstudienzeiten festgesetzt werden können. Gleiches gilt in den Studiengängen für das Lehramt Gymnasium mit dem Fach Bildende Kunst oder dem Fach Musik an Kunsthochschulen. Kunsthochschulen umfassen gemäß § 1 Absatz 2 Nummer 3 LHG sowohl Kunst- als auch Musikhochschulen. Da die Musikhochschulen nach den landesrechtlichen Vorschriften definitorisch keine eigene Hochschulart bilden, wurde der Wortlaut angepasst.

³ Hinweis: Die künstlerischen Kernfächer werden hier nicht näher definiert. Über die Einbeziehung der Studiengänge der Freien Kunst in die gestufte Studienstruktur und Zuordnung eines Faches zu den künstlerischen Kernfächern entscheiden jeweils Land und Hochschule.

Absatz 3: Die Ausnahmeregelung für das Theologische Vollstudium ist mit Bezug auf Artikel 17 Absatz 2 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages und mit Blick auf die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz mit der Evangelischen Kirche in Deutschland und mit der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz „Eckpunkte für die Studienstruktur in Studiengängen mit Katholischer oder Evangelischer Theologie/Religion“ - Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 13. Dezember 2007⁴ formuliert. In dieser Vereinbarung haben sich die Kirchen bereit erklärt, den auf das Studium bezogenen Strukturvorgaben zu folgen. Hinsichtlich der für ein kirchliches Amt qualifizierenden Studiengänge können jedoch im Einzelnen abweichende Regelungen gelten. Die Stufung in Bachelor und Master ist demnach nicht zwingend. Die volltheologischen Studiengänge mit zehensemestriger Regelstudienzeit unterfallen jedoch im Übrigen mit Ausnahme des Abschlusses (s. hierzu § 6 Absatz 2 Satz 6 und Begründung) vollständig den formalen und inhaltlichen Kriterien der Akkreditierung.

Zu § 4 – Studiengangsprofile

Absatz 1 trifft Regelungen zum Profil von Masterstudiengängen. Masterstudiengänge können unabhängig vom Hochschultyp den Profiltypen „anwendungsorientiert“ und „forschungsorientiert“ zugeordnet werden. Im Hinblick auf den Verzicht auf eine Unterscheidung zwischen einerseits Studiengängen von Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Fachhochschul- und andererseits universitären Studiengängen dient die Differenzierung der Transparenz für Studierende und Arbeitsmarkt. Wenn ein Profiltyp ausgewiesen wird, muss dieser in der Ausgestaltung des Studiengangs eindeutig zum Ausdruck kommen.

An Kunst- und Musikhochschulen können Masterstudiengänge nach der Musterrechtsverordnung ein besonderes künstlerisches Profil aufweisen. Kunsthochschulen umfassen gemäß § 1 Absatz 2 Nummer 3 LHG sowohl Kunst- als auch Musikhochschulen. Da die Musikhochschulen nach den landesrechtlichen Vorschriften definitorisch keine eigene Hochschulart bilden, wurde der Wortlaut angepasst.

Masterstudiengänge, die die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermitteln, müssen dagegen ein besonderes lehramtsbezogenes Profil aufweisen. Hierfür sind die ländergemeinsamen fachlichen Anforderungen für die Lehramtsausbildung (Standards in den Bildungswissenschaften sowie ländergemeinsame inhaltliche Anforderungen der Fächer und ihrer Didaktik) sowie eventuelle landesspezifische inhaltliche und strukturelle Vorgaben als Beurteilungsmaßstäbe anzulegen.

Das jeweilige Profil ist in der Akkreditierung zu überprüfen.

⁴ http://www.Kultusministerkonferenz.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_12_13-Eckpunkte-Studienstruktur-Theologie.pdf.

Absatz 2: Bei den Masterstudiengängen wird unabhängig vom Hochschultyp unterschieden zwischen konsekutiven und weiterbildenden Studiengängen, die in § 11 Absatz 3 näher definiert werden.

Weiterbildende Masterstudiengänge führen zum gleichen Qualifikationsniveau und zu denselben Berechtigungen wie konsekutive Masterstudiengänge. Für sie gelten daher die gleichen Anforderungen an die Regelstudienzeit und das Erfordernis der Abschlussarbeit.

Absatz 3 stellt klar, dass das Erfordernis einer Abschlussarbeit ein unabdingbares Qualitätsmerkmal für alle Studiengänge ist. In künstlerischen Studiengängen kann der Begriff „Abschlussarbeit“ auch im Sinne eines „Abschlussprojektes“ verstanden werden. Die Abschlussarbeit dient dem Nachweis, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus dem jeweiligen Fach selbständig nach wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Methoden bearbeiten zu können. Zum Umfang der Abschlussarbeiten wird auf § 8 Absatz 3 verwiesen.

Zu § 5 – Zugangsvoraussetzungen und Übergänge zwischen Studienangeboten

Absatz 1: Der Zugang zu einem Masterstudiengang setzt einen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss voraus⁵. Damit wird dem Charakter des Masterabschlusses als weiterem berufsqualifizierenden Hochschulabschluss Rechnung getragen (s. § 3 Absatz 1).

Landesrechtlich ist nach der Musterrechtsverordnung eine Ausnahme vom Erfordernis eines ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses bei weiterbildenden und künstlerischen Masterstudiengängen möglich, wenn der erste berufsqualifizierende Hochschulabschluss durch eine Eingangsprüfung ersetzt wird. Da es diese Möglichkeit in Baden-Württemberg nicht gibt, wird § 5 Absatz 1 Satz 2 der Musterrechtsverordnung nicht in die Studienakkreditierungsverordnung des Landes übernommen. Satz 2 bestimmt mit Blick auf das in § 4 Absatz 2 festgelegte Profil von weiterbildenden Masterstudiengängen, dass der Zugang eine qualifizierte, d.h. für das Qualifikationsziel des Studiengangs einschlägige berufspraktische Erfahrung von in der Regel nicht unter einem Jahr erfordert.

Absatz 2 Satz 1 trägt den Belangen der Kunsthochschulen Rechnung, die beim Zugang zu Masterstudiengängen vorrangig auf die besondere künstlerische Eignung abstellen. Beim Zugang zu weiterbildenden künstlerischen Masterstudiengängen können

⁵ Hinweis: Die Musterrechtsverordnung enthält keine besonderen Regelungen zu den Übergängen zwischen den Studiengängen der unterschiedlichen Graduierungssysteme, für die die allgemeinen Anrechnungsbestimmungen gelten. Den Hochschulen bzw. den Ländern ist es nach der Musterrechtsverordnung unbenommen, in den Prüfungsordnungen oder den hochschulrechtlichen Bestimmungen Einzelheiten zu regeln. Die bei einem Übergang zwischen Studienangeboten zu berücksichtigenden Anrechnungen sind bereits in § 35 LHG geregelt. Weitere Regelungen sind daher nicht erforderlich.

nach der Musterrechtsverordnung – anders als bei sonstigen weiterbildenden Masterstudiengängen – landesrechtlich auch berufspraktische Tätigkeiten, die erst während des Studiums abgeleistet werden, berücksichtigt werden. Da diese Möglichkeit nach dem Hochschulrecht des Landes nicht vorgesehen ist, wurde der entsprechende Satz der Musterrechtsverordnung nicht in die Studienakkreditierungsverordnung des Landes übernommen. Hingegen ist die weitere in der Musterrechtsverordnung vorgesehene Ausnahme vom Erfordernis der berufspraktischen Erfahrung bei Kunsthochschulen gemäß § 59 Absatz 2 Satz 2 LHG einschlägig und wird in der Studienakkreditierungsverordnung des Landes umgesetzt.

Absatz 3: Landesrechtlich können nach der Musterrechtsverordnung außerdem weitere Voraussetzungen für den Zugang zu Masterstudiengängen vorgesehen werden. Nach § 59 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 1 Halbsatz 2 LHG können die Hochschulen durch Satzung weitere Voraussetzungen für den Zugang zu Masterstudiengängen festlegen. Darauf wird in Absatz 3 Bezug genommen.

Zu § 6 – Abschlüsse und Abschlussbezeichnungen

Absatz 1 regelt den Grundsatz, dass für einen erfolgreich abgeschlossenen Studiengang nur ein Grad verliehen werden kann. Ausnahmen sind lediglich im Rahmen von internationalen Kooperationen möglich, die zu einem Doppel- oder Mehrfachabschluss der beteiligten Hochschulen führen. Damit wird ausgeschlossen, dass Grade des alten und des neuen Graduierungssystems gleichzeitig verliehen werden können. Eine Differenzierung der Abschlussgrade in Abhängigkeit von der Dauer der Regelstudienzeit oder dem Hochschultyp, an dem der Abschluss erworben wurde, findet nicht statt.

Absatz 2 legt abschließend die Abschlussbezeichnungen für Bachelor- und konsekutive Masterstudiengänge fest. Statt der Abschlussbezeichnungen „Bachelor“ und „Master“ können auch die lateinischen Bezeichnungen „Baccalaureus“/ „Baccalaurea“ und „Magister“/ „Magistra“ verwendet werden. Für Studiengänge, die nicht eindeutig einer der in Satz 1 Nummern 1 bis 7 genannten Fächergruppen zugeordnet werden können, richtet sich die Abschlussbezeichnung nach dem fachlichen Schwerpunkt des Studiengangs. Dies gilt für interdisziplinäre und Kombinationsstudiengänge, aber insbesondere auch für polyvalente Bachelorstudiengänge im Bereich des Lehramts, für die Abschlussbezeichnungen nach den Nummern 1 bis 7 vergeben werden können. Für weiterbildende Masterstudiengänge sind weiterhin abweichende Bezeichnungen möglich. Fachliche Zusätze zu den Abschlussbezeichnungen und gemischtsprachige Abschlussbezeichnungen sind ebenso ausgeschlossen wie Bachelorabschlüsse mit dem Zusatz „honours“.

Ausnahmen von den Vorgaben zu den Abschlussbezeichnungen bestehen für volltheologische, nicht gestufte Studiengänge. Diese schließen zumeist mit einem akademi-

schen Grad ab. Sofern die Prüfungsordnungen eine akademische Graduierung vorsehen, besteht nach Nummer 3 der „Eckpunkte“ die Möglichkeit, den Abschlussgrad „Magister Theologiae“ zu verwenden. Damit wird in latinisierter Form auf den akademischen Grad des „Master“ Bezug genommen und insofern der Bezug zu dem umfassenden Bologna-Rahmen hergestellt. Den Theologischen Fakultäten ist anheimgestellt, diesen akademischen Grad auch in weiblicher Form zu verleihen.

Absatz 2 Nummer 7 regelt die Bezeichnungen für Bachelor- und konsekutive Mastergrade für Studiengänge, mit denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden. Die Abschlussbezeichnung „Master of Education“ (Ziffer B 2. der „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen“, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003 in der jeweils geltenden Fassung) sollte jedenfalls im Interesse der Transparenz, zur Vermeidung falscher Mobilitätserwartungen, solchen Abschlüssen vorbehalten werden, die – in der Regel bundesweit – Zugang zu einem Vorbereitungsdienst für ein Lehramt gemäß Landesrecht eröffnen. Dies entspricht der baden-württembergischen Rechtslage.

Absatz 3 eröffnet die Möglichkeit, Äquivalenzbescheinigungen auszustellen und dient damit der Herstellung von Transparenz hinsichtlich des Qualifikationsniveaus des Bachelor- und Masterabschlusses im Vergleich zum Diplomabschluss im einstufigen System. Äquivalenzbescheinigungen sind an einigen Hochschulen bereits Praxis. Da die Fachhochschulen in Baden-Württemberg als „Hochschulen für angewandte Wissenschaften“ bezeichnet werden (§ 1 Absatz 2 Nummer 4 LHG), wurde der Wortlaut angepasst.

Absatz 4 regelt, dass die Studiengangserläuterung (diploma supplement) obligatorischer Bestandteil jedes Abschlusszeugnisses ist. Beim diploma supplement handelt es sich um ein Zusatzdokument mit einheitlichen Angaben zur Beschreibung von Hochschulabschlüssen und damit verbundenen Qualifikationen, die die Bewertung und Einstufung dieser Abschlüsse sowohl für Studien- als auch für Berufszwecke erleichtern und verbessern soll. Dabei ist die zwischen Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz abgestimmte Fassung des diploma supplements in der jeweils gültigen Fassung zu verwenden.

Zu § 7 – Modularisierung

Absatz 1 definiert die Anforderungen an die Modularisierung, die im Rahmen der Akkreditierung nachzuweisen sind. In Modulen werden thematisch und zeitlich in sich geschlossene und mit Leistungspunkten belegte Studieneinheiten zusammengefasst. Sie können sich aus verschiedenen Lehr- und Lernformen zusammensetzen (z. B. Vorlesungen, Übungen, Praktika, E-Learning, Lehrforschung usw.). Ein Modul kann Inhalte eines einzelnen Semesters oder eines Studienjahres umfassen, sich aber im Ausnahmefall auch über mehrere Semester erstrecken. Die grundsätzliche zeitliche

Begrenzung auf zwei aufeinanderfolgende Semester entspricht vor allem zwei Intentionen. Zum einen dienen Module der transparenten inhaltlichen Binnenstrukturierung von Studiengängen und sollen daher nicht zu groß ausfallen. Zum anderen könnten Module, die sich über einen größeren Zeitraum erstrecken, mobilitätseinschränkend wirken. Weicht die Hochschule von der Begrenzungsvorgabe ab, ist darzulegen, dass dies keinen nachteiligen Effekt auf die angestrebten Zielsetzungen hat oder durch entsprechende Maßnahmen ausgeglichen wird. Satz 3 trägt den Besonderheiten künstlerischer Studiengänge Rechnung.

Die Absätze 2 und 3 regeln die Anforderungen an die Beschreibung von Modulen. Die Beschreibung der Module soll den Studierenden eine zuverlässige Information über Studienverlauf, Inhalte, qualitative und quantitative Anforderungen und Einbindung in das Gesamtkonzept des Studienganges sowie das Verhältnis zu anderen angebotenen Modulen bieten. Die Beschreibung soll ferner eine Bewertung des Moduls im Hinblick auf die Anrechenbarkeit bzw. den Transfer beim Hochschulwechsel ermöglichen.

Absatz 2 enthält dabei keine starren Festlegungen, die eine flexible Gestaltung des Lehrangebotes verhindern würden. Unbeschadet der Zuständigkeit der Hochschulen für die Gestaltung der Module im Einzelnen gehen die unter den Nummern 1 bis 9 empfohlenen Standards für die Beschreibung von Modulen jedoch davon aus, dass Angaben zu folgenden Aspekten vorgesehen werden:

1. Inhalte und Qualifikationsziele des Moduls
 - a) fachliche, methodische, fachpraktische und fächerübergreifende Inhalte,
 - b) fachbezogene, methodische, fachübergreifende Kompetenzen, Schlüsselqualifikationen,
 - c) Lern- und Qualifikationsziele, die sich an einer zu definierenden Gesamtqualifikation (angestrebter Abschluss) ausrichten;
2. Lehrformen
Beschreibung der einzelnen Lehr- und Lernformen (Vorlesungen, Übungen, Seminare, Praktika, Projektarbeit, Selbststudium);
3. Voraussetzungen für die Teilnahme (i. V. m. Absatz 3)
Beschreibung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten für eine erfolgreiche Teilnahme sowie der Vorbereitungsmöglichkeiten zur Teilnahme (u.a. Literaturangaben, Hinweise auf multimedial gestützte Lehr- und Lernprogramme);
4. Verwendbarkeit des Moduls (i. V. m. Absatz 3)

Beschreibung, in welchem Zusammenhang das Modul mit anderen Modulen innerhalb desselben Studiengangs steht und inwieweit es geeignet ist, in anderen Studiengängen eingesetzt zu werden;

5. Voraussetzungen für die Vergabe von Leistungspunkten

Beschreibung der Voraussetzungen für die Vergabe von Leistungspunkten, insbesondere Prüfungen (Prüfungsart z. B. mündliche oder schriftliche Prüfung, Vortrag, Hausarbeit sowie Umfang und Dauer der Prüfung), Teilnahmenachweise; Möglichkeiten der Kompensation sind in der Prüfungsordnung zu regeln;

6. Leistungspunkte und Noten

Getrennte Ausweisung von Leistungspunkten und Noten; neben der Note auf der Grundlage der deutschen Notenskala von 1 bis 5 ist bei der Abschlussnote zusätzlich auch eine relative Note auszuweisen. Es wird empfohlen, diese entsprechend des ECTS Users' Guide in der jeweils geltenden Fassung zu bilden;

7. Häufigkeit des Angebots von Modulen

Festlegung, ob das Modul jedes Semester, jedes Studienjahr oder nur in größeren Abständen angeboten wird;

8. Arbeitsaufwand

Benennung des Gesamtarbeitsaufwands und der Anzahl der zu erwerbenden Leistungspunkte für jedes Modul;

9. Dauer der Module

Festlegung der Dauer der Module wegen des Einflusses auf den Studienablauf, die Prüfungslast und die Häufigkeit des Angebots.

Zu § 8 – Leistungspunktesystem

Absatz 1 hat die Vergabe von Leistungspunkten zum Gegenstand. Sie sind ein quantitatives Maß für die Gesamtbelastung der oder des Studierenden und umfassen sowohl die unmittelbare Lehre als auch die Zeit für die Vor- und Nachbereitung des Lehrstoffes (Präsenz- und Selbststudium), den Prüfungsaufwand und die Prüfungsvorbereitungen einschließlich der Abschluss- und Studienarbeiten sowie gegebenenfalls Praktika.

Der Vergabe von Leistungspunkten liegt das European Credit Transfer System (ECTS) zugrunde, das im Zuge des Bologna-Prozesses im Europäischen Hochschulraum Anwendung findet und damit die gegenseitige Anerkennung erleichtert.

Pro Studienjahr werden 60 Leistungspunkte vergeben, d.h. 30 pro Semester. Dabei

wird für einen Leistungspunkt eine Arbeitsbelastung (work load) der oder des Studierenden in Präsenz- und Selbststudium von 25 bis maximal 30 Stunden angenommen, so dass die Arbeitsbelastung im Vollzeitstudium pro Semester in der Vorlesungs- und vorlesungsfreien Zeit insgesamt 750 bis 900 Stunden beträgt. Dies entspricht 32 bis 39 Stunden pro Woche bei 46 Wochen pro Jahr. Die konkrete Festlegung, wie viele Arbeitsstunden innerhalb der Bandbreite einem ECTS-Leistungspunkt zugrunde liegen, erfolgt in den Studien- und Prüfungsordnungen.

Leistungspunkte sind den einzelnen Modulen zugeordnet. Sie werden gewährt, wenn die in der Prüfungsordnung vorgesehenen Leistungen nachgewiesen worden sind, wobei nicht zwingend eine Prüfung, sondern der erfolgreiche Abschluss des jeweiligen Moduls vorausgesetzt wird.

Absatz 2 legt fest, dass für das Erreichen des Bachelorabschlusses mindestens 180 ECTS-Leistungspunkte erforderlich sind, für das Erreichen der Masterebene insgesamt – d.h. unter Einbeziehung des vorangehenden Studiums bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss – 300 ECTS-Leistungspunkte. Ausnahmen von diesen Planungsvorgaben an die Hochschulen sind nicht vorgesehen. Die nach § 3 zulässigen Abweichungen von der Regelstudienzeit beziehen sich ausschließlich auf die zeitlichen Vorgaben und eröffnen keine Abweichung von den ECTS-Leistungspunkt-Vorgaben.

Nach Satz 4 kann zwar bei entsprechender Qualifikation der Studierenden im Einzelfall von der 300 ECTS-Leistungspunkt-Vorgabe für den Masterabschluss abgewichen werden. Diese Ausnahme bezieht sich jedoch ausschließlich auf die einzelne Studierende oder den einzelnen Studierenden und nicht auf den Studiengang. Danach können zu Masterstudiengängen auch Bewerberinnen oder Bewerber zugelassen werden, die aufgrund der ECTS-Leistungspunkt-Zahl aus dem Bachelorstudium in der Summe nicht 300 ECTS-Leistungspunkte erreichen. Voraussetzung ist der Nachweis der für die Zulassung vorgesehenen Qualifikation.

Entsprechend der möglichen Gesamtregelstudienzeit von sechs Jahren (§ 3 Absatz 2) kann bei konsekutiven Bachelor- und Masterstudiengängen in den künstlerischen Kernfächern an Kunsthochschulen sowie in den Studiengängen für das Lehramt Gymnasium mit dem Fach Bildende Kunst oder dem Fach Musik an Kunsthochschulen das Masterniveau mit 360 Leistungspunkten erreicht werden. Die Möglichkeit von Großmodulen im künstlerischen Kernfach im Bachelorstudium trägt den Besonderheiten der künstlerischen Ausbildung Rechnung, die aufgrund des ganzheitlichen Ansatzes einer kleinteiligen Modularisierung entgegensteht. Kunsthochschulen umfassen gemäß § 1 Absatz 2 Nummer 3 LHG sowohl Kunst- als auch Musikhochschulen. Da die Musikhochschulen nach den landesrechtlichen Vorschriften definitorisch keine eigene Hochschulart bilden, wurde der Wortlaut angepasst.

Absatz 3 regelt den Bearbeitungsumfang der Abschlussarbeiten. Um einen am Ausbildungsziel und -niveau orientierten und in einem angemessenen Verhältnis zum Stundenvolumen des jeweiligen Studiengangs stehenden Bearbeitungsumfang zu gewährleisten, darf dieser für die Bachelorarbeit sechs ECTS-Leistungspunkte nicht unter und 12 ECTS-Leistungspunkte nicht überschreiten. Für die Masterarbeit gelten eine Untergrenze von 15 und eine Obergrenze von 30 ECTS-Leistungspunkten. Die Vorgaben dienen sowohl der Qualitätssicherung als auch dem Interesse der Studierenden an inhaltlich und zeitlich nicht überfrachteten Studiengängen. Die Bandbreiten ermöglichen eine flexible Gestaltung unter Berücksichtigung fächerspezifischer Besonderheiten.

Grundsätzlich gelten die Vorgaben auch für die Kunst- und Musikhochschulen. In begründeten Ausnahmefällen kann in Studiengängen der Freien Kunst der Bearbeitungsumfang für die Bachelorarbeit bis zu 20 ECTS-Leistungspunkte und für die Masterarbeit bis zu 40 ECTS-Punkte betragen.

Absatz 4 bestimmt, dass Abweichungen von den Vorgaben zum Leistungspunktvolumen je Fachsemester bei bestimmten Studienformen, z.B. Intensivstudiengängen, grundsätzlich möglich sind. Als Obergrenze gelten dabei 75 ECTS-Leistungspunkte auf der Grundlage von 30 Stunden je Leistungspunkt. In diesen Fällen ist ein besonderes Augenmerk auf die Studierbarkeit zu legen. Mit studienorganisatorischen Maßnahmen können die Hochschulen in solchen Studiengängen dazu beitragen, dass die Studierbarkeit gewährleistet wird.

Absatz 5 greift die Empfehlung der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz zur Vergabe eines Masterabschlusses in der Lehrerbildung bei vorgesehener Einbeziehung von Leistungen des Vorbereitungsdienstes vom 12.06.2007/08.07.2008 auf⁶. Eine Option zur Einbeziehung des Vorbereitungsdienstes in das Masterstudium ist die Anrechnung von Teilen des Vorbereitungsdienstes. Maßstab für die schulpraktische Ausbildung im Studium und im Vorbereitungsdienst bilden die „Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften“ (Kultusministerkonferenz-Beschluss vom 16.12.2004)⁷. Auf dieser Basis verständigen sich die Hochschulen und die Institutionen der zweiten Ausbildungsphase auf landesspezifische Qualifikationsrahmen, auf deren Basis von den Hochschulen und den Institutionen der zweiten Ausbildungsphase gemeinschaftlich und einvernehmlich Ausbildungsformate und Prüfungsverfahren im Umfang von bis zu 60 ECTS-Punkten bei einem einjährigen Ausbildungsabschnitt als Grundlage für die Anrechnung auf das Hochschulstudium

⁶ https://www.Kultusministerkonferenz.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/Beschluesse_Veroeffentlichungen/Kultusministerkonferenz-Hochschulrektorenkonferenz-Empfehlung_12-06-08_08-07-08.pdf.

⁷ Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.12.2004 i. d. F. vom 12.06.2014) unter http://www.Kultusministerkonferenz.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2004/2004_12_16-Standards-Lehrerbildung-Bildungswissenschaften.pdf.

entwickelt werden. In Baden-Württemberg betrifft dies nur die Studiengänge für das Lehramt Grundschule. Hier erfolgt die Vergabe des Masterabschlusses bei erreichten 240 ECTS-Punkten aus dem Hochschulstudium unter Einbeziehung des Vorbereitungsdienstes mit 60 ECTS-Punkten, wodurch insgesamt 300 ECTS-Punkte erreicht werden.

Absatz 6 der Musterrechtsverordnung regelt Besonderheiten der Studienstruktur für Berufsakademien. Berufsakademien sind Einrichtungen des tertiären Sektors, die eine mindestens dreijährige wissenschaftsbezogene und zugleich praxisorientierte Ausbildung betreiben. Die Anzahl der zu erreichenden ECTS-Leistungspunkte und das Verhältnis von theorie- und praxisbasierten Ausbildungsanteilen basiert auf dem oben genannten Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15.10.2004⁸.

Die Vergleichbarkeit mit hochschulischen Bachelorstudiengängen als Voraussetzung für die hochschulrechtliche Gleichstellung macht es erforderlich, dass die theoriebasierten Ausbildungsanteile in einem angemessenen Verhältnis zu den praxisbasierten Ausbildungsanteilen stehen. Die Zuordnung zu „theoriebasiert“ und „praxisbasiert“ ist dabei nicht institutionsbezogen, sondern auf den Lerninhalt bezogen vorzunehmen, so dass auch während der Ausbildungsphasen im Betrieb bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen, die auch das Lehrpersonal betreffen (vgl. § 21) theoriebasierte ECTS-Leistungspunkte erworben werden können. Die Festlegung einer Bandbreite von 120 bis 150 ECTS-Leistungspunkte für die theoriebasierten Anteile ermöglicht eine flexible, den Anforderungen der jeweiligen Ausbildungsgänge entsprechende Ausgestaltung. Da es in Baden-Württemberg keine Berufsakademien gibt, deren Ausbildungsgänge akkreditiert werden könnten, ist dieser Absatz für Baden-Württemberg gegenstandslos und wird nicht in die Studienakkreditierungsverordnung des Landes übernommen.

Zu § 9 – Besondere Kriterien für Kooperationen mit nichthochschulischen Partnern

§ 9 legt die besonderen formalen Kriterien für nichthochschulische Kooperationen gemäß § 19 fest. Absatz 1 Satz 1 normiert unter dem Gesichtspunkt der Qualitätssicherung und der Transparenz das Erfordernis eines schriftlichen Kooperationsvertrages zwischen gradverleihender Hochschule und kooperierendem Bildungsträger hinsichtlich Art, Umfang und gegenseitigen Leistungen der bestehenden Kooperation. Darüber hinaus ist aus Gründen des Verbraucherschutzes die transparente Darstellung von Umfang und Art der Kooperation auf der Internetseite der Hochschule erforderlich.

Absatz 1 Satz 2 unterstreicht, dass die Hochschulen als Garanten für die Qualität der von ihnen verliehenen Hochschulabschlüsse und -grade verantwortlich sind für die

⁸ vgl. Fußnote 2.

Qualitätssicherung der Studienprogramme sowie der Anrechnungsverfahren von außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen. Anrechenbar sind nur solche Kompetenzen, die nach Inhalt und Niveau dem Teil des Studiums gleichwertig sind, der ersetzt werden soll. Dabei können solche außerhalb des Hochschulwesens erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten höchstens 50 % eines Hochschulstudiums ersetzen. Damit wird sichergestellt, dass ein wesentlicher Teil der dem Hochschulabschluss zugrundeliegenden Ausbildung in der unmittelbaren Verantwortung, d. h. durch eigene Leistungen der verleihenden Hochschule, stattfindet.

Absatz 2 macht deutlich, dass studiengangsbezogene Kooperationen mit nichthochschulischen Einrichtungen nur unter der Voraussetzung als qualitativ gleichwertig angesehen werden können, dass hierdurch nachprüfbare wissenschaftliche und bildungspolitische Zusatznutzen für die künftigen Studierenden und für die gradverleihende Hochschule generiert werden. Dieser Mehrwert ist nachvollziehbar darzulegen.

Zu § 10 – Sonderregelungen für Joint-Degree-Programme

Die Regelung dient der Umsetzung des auf der Konferenz der Bildungsministerinnen und -minister des Europäischen Hochschulraums⁹ im Mai 2015 in Yerevan verabschiedeten sog. Europäischen Ansatzes zur Qualitätssicherung von Joint-Programmes (EA)¹⁰. Dieser soll bei von Hochschulen in unterschiedlichen Staaten insbesondere im Europäischen Hochschulraum gemeinsam entwickelten und verantworteten Studienprogrammen die externe Qualitätssicherung von Studiengängen auf der Basis einheitlicher, an den ebenfalls dem Europäischen Hochschulraum zugrunde liegenden Standards and Guidelines for Quality Assurance in the European Higher Education Area (ESG)¹¹ orientierten Verfahrensregeln und Kriterien ermöglichen. Entsprechende Regelungen zu den fachlich-inhaltlichen Kriterien und zu den Verfahrensregelungen finden sich in den Abschnitten 3 und 4 dieser Verordnung (§§ 16 und 33). Die in den Abschnitten 2, 3 und 4 dieser Verordnung enthaltenen Regelungen finden auf Joint-Degree-Programme nur Anwendung, soweit dies ausdrücklich bestimmt ist.

Die Regelungen zu Joint-Degree-Programmen setzen den rechtlichen Rahmen für auf abweichenden Kriterien und Verfahrensregeln beruhende Akkreditierungsentscheidungen. Sie eröffnen damit, jenseits des in Artikel 5 Absatz 3 Nummer 2 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages enthaltenen Rechts der Stiftung Akkreditierungsrat zur Festlegung der Voraussetzungen zur Anerkennung von Akkreditierungsentscheidungen durch ausländische Einrichtungen, die Möglichkeit, Akkreditierungsentscheidungen zu treffen, die von den in dieser Verordnung definierten Kriterien und Verfahrens-

⁹ <https://www.ehea.info/>, derzeit 48 europäische Staaten.

¹⁰ http://bologna-yerevan2015.ehea.info/files/02_European%20Approach%20QA%20of%20Joint%20Programmes_v1_0.pdf.

¹¹ <http://www.ehea.info/cid105593/esg.html>.

regeln abweichen. Artikel 5 Absatz 3 Satz 2 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages gibt der Stiftung Akkreditierungsrat lediglich das Mandat, auf Basis der im Studienakkreditierungsstaatsvertrag und in den aufgrund von Artikel 4 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages erlassenen Verordnungen festgelegten Kriterien und Verfahrensregeln die Voraussetzungen für die Durchführung entsprechender Anerkennungsverfahren zu regeln, ohne eine Abweichung von diesen Vorgaben zu ermöglichen. Eine Ermächtigung der Stiftung, in solchen Verfahren eigenständig Kriterien und Verfahrensregeln zu definieren, die von diesen Vorgaben abweichen, ist mit Blick auf die in Artikel 1 Absatz 2 und 3, Artikel 4 Absatz 6 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages festgelegten Ziele, aber auch mit Blick auf verfassungsrechtliche Grundsätze (insbesondere Bestimmtheitsgrundsatz und Wesentlichkeitstheorie) damit nicht verbunden.

Absatz 1 definiert den Anwendungsbereich. Dieser wird angesichts mit der Anwendung des EA verbundener abweichender Kriterien - insbesondere sind für einen Masterabschluss einschließlich des Erstabschlusses strukturell nicht zwingend 300 ECTS-Leistungspunkte zu Grunde zu legen - und noch zu klärender Abgrenzungsfragen zum Anwendungsbereich im Übrigen zunächst auf Studiengänge beschränkt, die zu einem gemeinsamen Abschluss führen. Danach ist ein Joint-Degree-Programm ein Studiengang, der von einer inländischen Hochschule gemeinsam mit einer oder mehreren ausländischen Hochschulen angeboten wird und zu einem gemeinsam von diesen Hochschulen verliehenen Abschlussgrad führt.

Die teilnehmenden Hochschulen müssen seitens der zuständigen Behörden ihrer Staaten als Hochschulen anerkannt sein. Ihre jeweiligen nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen müssen ihnen die Teilnahme an Joint-Degree-Programmen und die Verleihung eines gemeinsamen Abschlusses erlauben (vgl. B 1.1 EA).

Die Nummern 1 bis 5 legen die für die Eröffnung des Anwendungsbereichs konstitutiven Anforderungen an die Ausgestaltung des Studienprogramms und die Zusammenarbeit fest.

Nummer 1 bestimmt, dass der Studiengang auf einem gemeinsam koordinierten und systematisch aufeinander bezogenen stimmigen Curriculum basieren muss. Dies schließt eine Anwendung auf Modelle aus, bei denen Hochschulen lediglich bei der Anrechnung von Kompetenzen kooperieren, nicht jedoch ein gemeinsames Curriculum vorhalten (vgl. Einleitung zum EA).

Nummer 2 legt fest, dass jeder Studierende einen Studienanteil vom mindestens 25 % (gemessen in ECTS-Leistungspunkten) an mindestens einer der ausländischen Partnerhochschulen erbringen muss. Damit ist eine Anwendung der Sonderregelungen für Joint-Degree-Programme bei Kooperationen mit optionalem Auslandsstudium oder bei

Kooperationen, in denen nur ausländische Studierende mobil sein müssen, ausgeschlossen.

Nummer 3 postuliert das Erfordernis einer vertraglich geregelten Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Hochschulen, um insbesondere im Interesse der Studierenden die Nachhaltigkeit des Studienprogramms zu gewährleisten. Der von den teilnehmenden Hochschulen im Rahmen ihrer vertraglich geregelten Zusammenarbeit geschlossene Kooperationsvertrag muss insbesondere Regelungen enthalten zu: Benennung des im Studiengang verliehenen Abschlusses; Koordinierung und Zuständigkeiten der Partner mit Bezug auf Management und finanzielle Organisation; Zulassungs- und Auswahlverfahren für Studierende; Mobilität von Studierenden und Lehrkräften; Prüfungsvorschriften, Methoden zur Beurteilung von Studierenden; Anerkennung von Leistungspunkten und Verfahren für die Verleihung der Abschlüsse und Einbindung aller kooperierender Einrichtungen in die Konzeption und Durchführung des Studiengangs (vgl. B 1.3 EA).

Nummer 4 stellt im Interesse der Studierenden sicher, dass das Studienprogramm über ein aufeinander abgestimmtes Zugangs- und Prüfungswesen verfügt (vgl. B 1.3 EA).

Nummer 5 legt fest, dass die teilnehmenden Hochschulen über ein gemeinsames Qualitätsmanagement verfügen müssen. Dazu gehört, dass die teilnehmenden Hochschulen gemeinsame interne Qualitätssicherungsprozesse anwenden. Diese umfassen insbesondere die Strategie für die Qualitätssicherung, Standards zur Gestaltung und Genehmigung von Studiengängen, die Beachtung der Grundsätze studienzentrierten Lernens, Lehrens und Prüfens, transparente Regelungen zu Zulassung und Studienverlauf, Anerkennung und Abschluss, die Sicherstellung der Kompetenz der Lehrenden, die Bereitstellung angemessener Mittel zur Sicherstellung der Lernumgebung, ein fundiertes Informationsmanagement und eine fortlaufende Beobachtung und regelmäßige Überprüfung der Studiengänge (vgl. B 9 EA i.V.m. ESG 1.1 und Teil 1 der ESG).

Absatz 2 legt die für Joint-Degree-Programme geltenden formalen Kriterien fest.

Satz 1 schreibt mit Blick auf die Beteiligung ausländischer Hochschulen und die im Europäischen Hochschulraum getroffenen politischen Absprachen als Prüfkriterium ausdrücklich die Anwendung der für Hochschulen mit Sitz in Deutschland bereits qua Bundes- bzw. Landesrecht geltenden Anerkennungsgrundsätze des sog. Lissabon-Übereinkommens fest¹² (vgl. B 4.2 EA). Diese umfassen:

- einen Anspruch auf Anerkennung von als Qualifikation für ein Hochschulstudium

¹² Gesetz zu dem Übereinkommen vom 11. April 1997 über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region vom 16. Mai 2007, BGBl. 2007 II S. 712 f, <http://www2.fzs.de/uploads/lissabonkonvention.pdf>.

oder im Rahmen eines Hochschulstudiums erworbenen Kompetenzen für den Fall, dass zwischen den erworbenen und den nachzuweisenden Kompetenzen keine wesentlichen Unterschiede bestehen. Dies ist insbesondere am zu erreichenden Qualifikationsziel des jeweiligen Studiengangs zu messen,

- eine Beweislastumkehr zugunsten der Antragsteller,
- eine Pflicht der Hochschule zur Begründung von ablehnenden Entscheidungen,
- den Anspruch auf eine Überprüfung der Entscheidung.

Satz 2 stellt klar, dass die in den §§ 7 und 8 Absatz 1 festgelegten Grundsätze zu Modularisierung und Leistungspunktesystem auch hier gelten und dass die Verteilung der Leistungspunkte eindeutig geregelt sein muss (vgl. B 3.2 EA).

Satz 3 legt entsprechend der politischen Vereinbarungen im Europäischen Hochschulraum fest, dass ein Bachelorstudiengang mindestens 180 und höchstens 240 Leistungspunkte, ein Masterstudiengang mindestens 60 Leistungspunkte umfassen muss (vgl. B 3.3 EA). Satz 4 stellt, insbesondere im Interesse international mobiler Studierender klar, dass die relevanten Informationen über das Programm, wie Zulassungsanforderungen und -verfahren, Kurskatalog, Prüfungs- und Beurteilungsverfahren, veröffentlicht und den Studierenden jederzeit zugänglich sein müssen (vgl. B 8 EA).

Absatz 3 erweitert den Anwendungsbereich der in § 10 Absätze 1 und 2, § 16 Absatz 1 und § 33 Absatz 1 festgelegten Kriterien und Verfahrensregeln des sogenannten European Approach auf Joint-Degree-Programme, die in Kooperation mit Hochschulen außerhalb des Europäischen Hochschulraums durchgeführt werden, wenn sich die außereuropäischen Kooperationspartner in einer Kooperationsvereinbarung mit der inländischen Hochschule zur Anwendung dieser Grundsätze verpflichtet haben.

Zu Abschnitt 3: Fachlich-inhaltliche Kriterien für Studiengänge und Qualitätsmanagementsysteme

Der Abschnitt dient der Konkretisierung der in Artikel 2 Absatz 3 Studienakkreditierungsstaatsvertrag genannten fachlich-inhaltlichen Kriterien.

Zu § 11 – Qualifikationsziele und Abschlussniveau

§ 11 regelt, nach welchen Kriterien im Rahmen des Akkreditierungsverfahrens die Stimmigkeit der Qualifikationsziele und des Abschlussniveaus des jeweiligen Studiengangskonzepts zu prüfen ist.

Absatz 1 nimmt Bezug auf Artikel 2 Absatz 3 Nummer 1 Studienakkreditierungsstaatsvertrag, in dem als Qualifikationsziele eines Studiengangs die dem angestrebten Abschlussniveau entsprechende wissenschaftliche oder künstlerische Befähigung und die Befähigung zu einer qualifizierten Erwerbstätigkeit und Persönlichkeitsentwicklung

aufgeführt werden. Im Hinblick auf die besondere Bedeutung des Gesellschaftsbezugs von Studium und Lehre als Teil des Merkmals Persönlichkeitsentwicklung wird dieses entsprechend der Definition des Wissenschaftsrates in den Empfehlungen zum Verhältnis von Hochschulbildung und Arbeitsmarkt aus dem Jahr 2015¹³ explizit erwähnt. Im Rahmen der Akkreditierung ist zu überprüfen, ob die von der Hochschule für jeden Studiengang konkret zu definierenden Qualifikationsziele und angestrebten Lernergebnisse diese Ziele reflektieren.

Absatz 2: Die in Absatz 2 beschriebenen Aspekte der fachlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen, methodischen und persönlichkeitsbildenden Anforderungen basieren auf den Deskriptoren bzw. Kompetenzdimensionen des Qualifikationsrahmens für deutsche Hochschulabschlüsse in der aktuellen Fassung¹⁴, der im Zusammenwirken von Hochschulrektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz und in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung erarbeitet und von der Kultusministerkonferenz am 16.02.2017 beschlossen wurde. Dieser setzt den Qualifikationsrahmen für den europäischen Hochschulraum¹⁵ national um und umfasst die Vermittlung von aktuellem Fachwissen, fachübergreifendem Wissen und der allgemein anerkannten Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis ebenso, wie den Erwerb von methodischen, Persönlichkeits- und Sozialkompetenzen und die Gewährleistung von Beschäftigungsfähigkeit und der Befähigung zum lebenslangen Lernen. In der Akkreditierung ist zu prüfen, ob das Studiengangskonzept diese Aspekte umfasst und diese dem vermittelten Abschlussniveau entsprechen.

Absatz 3 legt, basierend auf in der bisherigen Akkreditierungspraxis bewährten, einschlägigen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz¹⁶, die in der Akkreditierung zu überprüfenden Anforderungen an die Bachelor- und Masterebene im gestuften System und an unterschiedliche Studiengangsprofile fest.

Satz 1 verdeutlicht dabei die Funktion des Bachelorabschlusses als erstem berufsqualifizierenden Abschluss, der als grundständiger Hochschulabschluss eine breite Qualifizierung vermitteln und so sowohl die Befähigung zur Berufstätigkeit, als auch zur weiteren wissenschaftlichen Qualifizierung und zum Lebenslangen Lernen sicherstellen muss. Entsprechend der Differenzierung der Masterstudiengänge gemäß § 4 Absatz 2 werden in Satz 2 konsekutive Masterstudiengänge als vertiefende, verbreiternde, fachübergreifende oder fachlich andere Studiengänge definiert. Die Sätze 3 und 4 regeln die besonderen Anforderungen an weiterbildende Masterstudiengänge. Weiterbildende Masterstudiengänge werden durch die Ausrichtung auf die berufliche

¹³ <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4925-15.pdf>, S. 40f.

¹⁴ https://www.Kultusministerkonferenz.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2017/2017_02_16-Qualifikationsrahmen.pdf.

¹⁵ http://media.ehea.info/file/WG_Frameworks_qualification/85/2/Framework_qualificationsforEHEA-May2005_587852.pdf.

¹⁶ vgl. Fußnote 1.

Qualifikation geprägt. Daher ist die vorausgehende Berufstätigkeit konstitutives Element, was sowohl in der Dauer, als auch in der Art der Tätigkeit zum Ausdruck kommen muss. Eine Unterschreitung der Mindestdauer der vorausgehenden Berufstätigkeit von einem Jahr bedarf daher einer besonderen Begründung. Die Berufstätigkeit setzt auf den vorangegangenen ersten berufsqualifizierenden Abschluss auf und kann daher weder durch Pflichtpraktika aus der Bachelorphase noch durch Berufstätigkeit vor Aufnahme des Bachelorstudiums ersetzt werden. Dem Ausbildungsziel entsprechend ist im Rahmen der Akkreditierung besonderes Augenmerk auf den von der Hochschule darzulegenden Zusammenhang von beruflicher Qualifikation und Studiengangskonzept zu legen. Gleiches gilt für die Überprüfung der Anforderungen, die – trotz der vorwiegend beruflichen Ausrichtung – sowohl in struktureller Hinsicht (s. auch § 4 Absatz 2), als auch inhaltlich dem für die Masterstufe definierten Qualifikationsniveau (s. auch Absatz 2) entsprechen müssen. In Satz 5 werden die Qualifikationsziele für künstlerische Bachelor- und Masterstudiengänge konkretisiert.

Bachelor- und Masterstudiengänge können an verschiedenen Hochschulen, auch an unterschiedlichen Hochschularten und auch mit Phasen der Berufstätigkeit zwischen dem ersten und zweiten Abschluss studiert werden.

Zu § 12 - Schlüssiges Studiengangskonzept und adäquate Umsetzung

§ 12 konkretisiert unter Zugrundelegung der in § 3 ff. festgelegten strukturellen Erfordernisse die Kriterien für die Begutachtung des jeweiligen Studiengangskonzepts und definiert die zu prüfenden Rahmenbedingungen einer adäquaten Umsetzung. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Studierbarkeit in der Regelstudienzeit gelegt. Die Regelungen orientieren sich an den von den Teilnahmestaaten des Europäischen Hochschulraums auf ihrer Ministerkonferenz im Mai 2015 in den Standards and Guidelines for Quality Assurance in the European Higher Education Area (ESG) in den für die interne Qualitätssicherung von den Hochschulen insbesondere zur Gestaltung von Studiengängen (II. Teil 1 Standard 1.2 ESG), zu studierendenzentriertem Lernen, Lehren und Prüfen (II. Teil 1 Standard 1.3 ESG), zu Zulassung, Studienverlauf, Anerkennung und Studienabschluss (II. Teil 1 Standard 1.4 ESG), zu Lehrenden (II. Teil 1 Standard 1.5 ESG) und zu den Anforderungen an die Lernumgebung (II. Teil 1 Standard 1.6 ESG) zu Grunde gelegten Standards.

Absatz 1 Satz 1 fordert ein im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Qualifikationsziele unter Berücksichtigung der Eingangsqualifikation stimmiges Curriculum (vgl. II. Teil 1 Standard 1.2 ESG). Satz 2 verlangt eine Inbezugsetzung von Qualifikationszielen (s. auch § 11 Absätze 1 und 2), Studiengangsbezeichnung, Abschlussgrad- und Abschlussbezeichnung (s. auch § 6) und Modulkonzept (s. auch § 7). Satz 3 postuliert vielfältige, an die jeweiligen Fächerkulturen und das gewählte Studienformat angepasste Lehr- und Lernmethoden sowie gegebenenfalls Praxisanteile (vgl. II Teil 1 Standard 1.3 ESG). Satz 4 legt fest, dass der Studiengang geeignete Rahmenbedingungen

zur Förderung studentischer Mobilität bieten muss, die den Studierenden einen Aufenthalt an anderen Hochschulen ohne Zeitverlust ermöglichen. Hierzu gehören insbesondere die Berücksichtigung von Mobilitätsfenstern bei der Studiengangskonzeption und Anerkennungsverfahren, die die Grundsätze der Lissabon-Konvention¹⁷ nicht nur beim Aufenthalt an Hochschulen im Ausland, sondern auch im Inland konsequent anwenden. Zugangsvoraussetzungen für Masterstudiengänge müssen ebenfalls mobilitätsfördernd ausgestaltet sein und den Wechsel zwischen Hochschulen und Hochschultypen ermöglichen. Satz 5 stellt sicher, dass die Studierenden dazu angeregt werden, aktiv an der Gestaltung des Lehr- und Lernprozesses mitzuwirken. Damit wird ein studierendenzentriertes Lernen, Lehren und Prüfen i.S.d. Standards 1.3 der ESG gewährleistet.

Absätze 2 und 3: Neben den studiengangsbezogenen Aspekten ist auch der institutionelle Rahmen in die Begutachtung einzubeziehen, soweit dieser unmittelbare Relevanz für die Umsetzung des Studiengangs hat. Dieser umfasst sowohl das Lehrpersonal, als auch die Ressourcenausstattung (vgl. II. Teil 1 Standard 1.5 ESG „Lehrende“ und II. Teil 1 Standard 1.6 ESG „Lernumgebung“). Die Formulierungen gewähren dabei einen am konkreten Studiengang zu orientierenden Beurteilungsspielraum.

Absatz 2 Satz 1 legt fest, dass das Lehrpersonal sowohl quantitativ als auch qualitativ Gewähr für eine adäquate Umsetzung des Curriculums bieten muss. Dies schließt auch die Vermittlungskompetenz der Lehrenden ein. Satz 2 fordert, dass die Verbindung von Forschung und Lehre durch eine ausreichende Anzahl von regelmäßig in der Lehre eingesetzten hauptberuflichen Professorinnen und Professoren¹⁸ gewährleistet wird. Dies gilt sowohl für grundständige als auch für weiterführende Studiengänge. Satz 3 fordert als Grundlage für eine inhaltlich und didaktisch qualifizierte Lehre im jeweiligen Studiengang geeignete Maßnahmen der Personalauswahl und -qualifizierung. Dazu gehören etwa strukturierte Prozesse für Berufungsverfahren oder ein systematisches Angebot an hochschuldidaktischer Qualifizierung.

Absatz 3 regelt, dass auch die Ressourcenausstattung in die Begutachtung einzubeziehen ist, soweit diese für die Umsetzung der Konzeption und das Erreichen der Ausbildungsziele bedeutsam ist. Der Klammerzusatz enthält eine beispielhafte Auflistung möglicher Ausstattungsmerkmale, die jedoch nicht abschließend sind und einzelfallbezogen durch andere ersetzt oder ergänzt werden können.

Absatz 4: Die vorgesehenen Prüfungen und Prüfungsformen müssen es den Studierenden ermöglichen, zu zeigen, in welchem Umfang sie die angestrebten Lernergeb-

¹⁷ vgl. Fußnote 12.

¹⁸ Aufgrund unterschiedlicher landesrechtlichen Definitionen des Begriffs „Professorin/Professor“ können hier in den Verordnungen der Länder abweichende Begriffe verwendet werden.

nisse erreicht haben. Die Prüfungen müssen auf das Modul – und nicht auf die einzelnen Lehrveranstaltungen – bezogen und kompetenzorientiert ausgestaltet sein. Um dies sicherzustellen, ist eine permanente Überprüfung und Weiterentwicklung der zum Einsatz kommenden Prüfungsformen zu gewährleisten.

Absatz 5 stellt sicher, dass der Studiengang so ausgestaltet ist, dass er von einem Studierenden typischerweise innerhalb der Regelstudienzeit erfolgreich abgeschlossen werden kann und listet dazu in Satz 2 die unabdingbar in der Begutachtung zu überprüfenden Komponenten auf. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Abhängig vom konkreten Studiengangskonzept (etwa bei Studiengängen mit besonderem Profilanspruch, vgl. Absatz 6) sind hier gegebenenfalls weitere Faktoren zu berücksichtigen.

Ein Kriterium für die Studierbarkeit ist nach Nummer 1 ein planbarer und verlässlicher Studienbetrieb. Dieser umfasst insbesondere die rechtzeitige und umfassende Information der Studierenden über alle den Studiengang betreffenden organisatorischen Aspekte und die transparente und verlässliche Planung und Durchführung von Lehrveranstaltungen und Prüfungen.

Erforderlich ist weiterhin nach Nummer 2 die weitgehende Überschneidungsfreiheit von Lehrveranstaltungen und Prüfungen. Dies gilt vor allem für den Pflichtmodulbereich und für häufig gewählte Fächerkombinationen und Wahlpflichtmodule. Soweit eine Überschneidungsfreiheit im Übrigen nicht gewährleistet werden kann, ist eine rechtzeitige und transparente Information der Studienbewerberinnen und -bewerber sowie Studierenden sicherzustellen.

Notwendig ist zudem nach Nummer 3, dass das Studiengangskonzept unter Beachtung der formalen Anforderungen in §§ 7 und 8 Arbeitsaufwand und Prüfungsbelastung plausibel festlegt und dass diese Festlegungen insbesondere durch regelmäßige Workload-Erhebungen kontinuierlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Zur Sicherstellung einer aktiven Gestaltbarkeit des Studienablaufs durch die Studierenden, hinreichender Flexibilität insbesondere mit Blick auf Hochschulwechsel und Planbarkeit für die Studierenden sind die Lernergebnisse eines Moduls so zu bemessen, dass diese in der Regel innerhalb eines Semesters, maximal jedoch innerhalb eines Jahres, erreicht werden können.

Unabdingbar ist ferner nach Nummer 4 eine adäquate Prüfungsdichte und -organisation. Daher sollen Module zur Reduzierung der Prüfungsbelastung in der Regel nur mit einer Prüfung abgeschlossen werden und in der Regel mindestens einen Umfang von fünf ECTS-Leistungspunkten aufweisen. Damit ist bei 30 ECTS-Leistungspunkten pro Semester im Vollzeitstudium von nicht mehr als sechs Prüfungen pro Semester auszugehen. Prüfung meint hier jeweils den rechtssicheren Nachweis,

dass das Qualifikationsziel des Moduls erreicht wurde. Dazu gehören auch Vorleistungen, Studienleistungen oder sonstige Nachweise, wie z. B. Ableistung eines Praktikums, Durchführung eines Laborversuchs, Teilnahme an Exkursionen.

Es handelt sich hier jeweils um Soll-Vorschriften, d.h. in begründeten Ausnahmefällen sind Abweichungen möglich. Dabei sind die Stimmigkeit der jeweiligen Modulkonzepte und die Stimmigkeit des Prüfungskonzepts bezogen auf die Qualifikationsziele des jeweiligen Moduls ebenso zu berücksichtigen, wie die Prüfungsgesamtbelastung im jeweiligen Studiengang¹⁹.

Absatz 6: In die Begutachtung ist das durch die Hochschule ausgewiesene Profil des Studiengangs einzubeziehen. Bewirbt oder kennzeichnet die Hochschule einen Studiengang mit bestimmten Merkmalen (z. B. international, dual, berufsbegleitend, virtuell, berufsintegrierend, Teilzeit), so sind diese Merkmale Teil des Studiengangsprofils und daher ebenfalls Gegenstand der Begutachtung.

In diesen Fällen sind die in Absatz 1 bis 5 genannten Kriterien in Abhängigkeit von dem spezifischen Profil unter dem jeweils spezifischen Blickwinkel anzuwenden und an den von den Hochschulen jeweils zu definierenden besonderen Ansprüchen zu messen. Dazu gehören insbesondere Aspekte wie die spezifische Zielgruppe, eine besondere Studienorganisation, unterschiedliche Lernorte und die Einbindung von Praxispartnern, etwa bei dualen Modellen, spezifische Lehr- und Lernformate oder das Bestehen eines nachhaltigen Qualitätsmanagementsystems, das die unterschiedlichen Lernorte umfasst. Ein Studiengang darf als „dual“ bezeichnet und beworben werden, wenn die Lernorte (mindestens Hochschule bzw. Berufsakademie und Betrieb) systematisch sowohl inhaltlich als auch organisatorisch und vertraglich miteinander verzahnt sind.²⁰

Zu § 13 – Fachlich-inhaltliche Gestaltung der Studiengänge

§ 13 definiert die Rahmenbedingungen für die fachlich-inhaltliche Begutachtung von Studiengängen und spezifiziert die besonderen Erfordernisse für Lehramtsstudiengänge.

Absatz 1: Mit Blick auf Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz beschränkt sich die Regelung auf die Prüfung der Einhaltung prozessualer Erfordernisse zur Sicherstellung eines fachlich fundierten Studiengangskonzepts und lässt den Gutachterinnen und Gutachtern inhaltlich einen weiten Ermessensspielraum. Dazu gehört nach Satz 1 die Existenz von Mechanismen oder Maßnahmen zur Feststellung der Stimmigkeit der fachlichen und wissenschaftlichen Anforderungen. Erforderlich ist nach Satz 2 weiterhin der

¹⁹ Ländergemeinsame Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen vom 04.02.2010 – Auslegungshinweise – vom 25.02.2011, Nummer 5.

²⁰ Aufgrund unterschiedlicher landesrechtlichen Definitionen des Begriffs „duales Studium“ können hier die Verordnungen der Länder abweichende Definitionen verwenden.

Nachweis einer regelmäßigen Kontrolle und Nachjustierung nicht nur der fachlich-inhaltlichen Gestaltung des Curriculums, sondern auch der methodisch-didaktischen Ansätze, um eine Vermittlung der Breite und Vielfalt der aktuellen wissenschaftlichen Theorien des jeweiligen Faches zu gewährleisten. Nach Satz 3 kann dies nur sichergestellt werden, wenn der fachliche Diskurs auf nationaler und gegebenenfalls internationaler Ebene systematisch berücksichtigt wird. Dazu gehören die kritische Reflexion unterschiedlicher fachbezogener Referenzsysteme ebenso wie die kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem neuesten Stand der Forschung.

Die Verwendung von Modulen aus Bachelorstudiengängen in Masterstudiengängen ist nur ausnahmsweise dann zulässig, wenn das Teilqualifikationsziel, das mit der erfolgreichen Belegung des jeweiligen Moduls erreicht wird, in adäquater Weise dem Erreichen des Gesamtqualifikationsziels des Masterstudiengangs dient. Dies gilt sowohl für konsekutive als auch für weiterbildende Masterstudiengänge und in Baden-Württemberg auch für die Erweiterungsfächer in den Lehramtsstudiengängen. Auszuschließen ist dagegen die Doppelverwendung von Modulen in inhaltlich aufeinander aufbauenden Teilbereichen des Studiengangs. Auszuschließen ist ferner, dass wesentlich inhaltsgleiche Module im Bachelor- und nochmals im Masterstudium belegt werden können.

Absätze 2 und 3 definieren die fachlich-inhaltlichen Kriterien für die Überprüfung von Studiengängen, die die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermitteln. Mit Blick auf das Erfordernis der Sicherstellung einer hohen Qualität des Schulunterrichts und damit der Gewährleistung von vergleichbaren Bildungschancen (staatliche Verantwortung für das Schulwesen) sind hier einheitliche Vorgaben erforderlich. Die Regelungen beruhen auf den hierzu von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Standards.²¹

Absatz 2 regelt das Erfordernis der Überprüfung, dass das Curriculum den ländergemeinsamen Standards in den Fachwissenschaften und Fachdidaktiken sowie den Bildungswissenschaften entspricht. Diese ergeben sich jeweils aus den ländergemeinsamen und evtl. länderspezifischen inhaltlichen Anforderungen auf Basis der KMK-Beschlüsse in der jeweils geltenden Fassung.²²

²¹ Insbesondere: Eckpunkte für die gegenseitige Anerkennung von Bachelor- und Masterabschlüssen in Studiengängen, mit denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 02.06.2005 unter http://www.Kultusministerkonferenz.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2005/2005_06_02-gegenseitige-Anerkennung-Bachelor-Master.pdf.

²² vgl. zu den Bildungswissenschaften: [Fußnote 7](#); vgl. zu den Fachwissenschaften und der Didaktik: Ländergemeinsame inhaltliche Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.10.2008 i. d. F. vom 16.03.2017) unter https://www.Kultusministerkonferenz.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2008/2008_10_16-Fachprofile-Lehrerbildung.pdf, Rahmenvereinbarungen für die einzelnen Lehrämter.

Absatz 3 bestimmt die strukturellen und konzeptionellen Kriterien, die in der Akkreditierung zu überprüfen sind und übernimmt dabei die im einschlägigen KMK-Beschluss getroffenen Festlegungen. Die darin für das jeweilige Lehramt zugelassenen Ausnahmen bei den Fächern Kunst und Musik sind dabei zu berücksichtigen. Da Baden-Württemberg von den nach dem KMK-Beschluss zulässigen Ausnahmen bei den Fächern Kunst und Musik keinen Gebrauch macht, wurde der Wortlaut der Verordnung durch eine Streichung des Klammerzusatzes der Musterrechtsverordnung entsprechend angepasst. Satz 2 stellt klar, dass auch beim Lehramt für die beruflichen Schulen Ausnahmen entsprechend den geltenden Beschlüssen der Kultusministerkonferenz (Rahmenvereinbarung für das Lehramt 5) von Satz 1 Nummern 1 und 2 zulässig sind.

Zu § 14 – Studienerfolg

Zur Sicherstellung einer effizienten Studiengestaltung und damit des Studienerfolgs ist im Interesse von Studierenden und Absolventen, aber auch im Interesse eines nachhaltigen Einsatzes von Ressourcen und Lebenszeit eine kontinuierliche Beobachtung und Nachjustierung der Studienprogramme unter Einbeziehung der Erfahrungen von Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen unverzichtbar. § 14 legt dazu die zu überprüfenden Kriterien fest. Diese umfassen einen geschlossenen Regelkreis mit regelmäßiger Überprüfung (Satz 1), Einleitung von Maßnahmen aus den Ergebnissen der Überprüfung (Satz 2) und kontinuierlicher Überprüfung des Erfolgs sowie Nutzung der Ergebnisse für eine Fortentwicklung (Satz 3). Geeignete Monitoring-Maßnahmen sind insbesondere Lehrveranstaltungsevaluationen, Workload-Erhebungen oder Absolventenbefragungen, aber auch statistische Auswertungen des Studien- und Prüfungsverlaufs und Studierenden- und Absolventenstatistiken. Die einzuleitenden Maßnahmen können vielfältiger Natur sein und insbesondere die in den §§ 11 und 12 genannten Aspekte betreffen. Um eine effiziente und nachhaltige Umsetzung zu gewährleisten, legt Satz 4 fest, dass die Beteiligten über die Ergebnisse und die eingeleiteten Maßnahmen unter Wahrung datenschutzrechtlicher Belange zu informieren sind.

Zu § 15 – Geschlechtergerechtigkeit und Nachteilsausgleich

Zur Wahrung der Chancengleichheit ist es unverzichtbar, dass die Hochschule über nachhaltige und umfassende Konzepte zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Unterstützung von Studierenden in besonderen Lebenslagen verfügt und dass diese auch in den einzelnen Studiengängen umgesetzt werden. § 15 legt daher fest, dass dies in der Begutachtung zu überprüfen ist.

Zu § 16 – Sonderregelungen für Joint-Degree-Programme

§ 16 enthält Sonderregelungen zu den fachlich-inhaltlichen Kriterien für Joint-Degree-Programme.

Absatz 1: Satz 1 regelt die entsprechende Anwendung der dort genannten fachlich-

inhaltlichen Kriterien.

Entsprechend § 11 Absatz 1 und 2 gilt für Joint-Degree-Programme, dass die angestrebten Lernergebnisse an die entsprechende Niveaustufe des Qualifikationsrahmens für den Europäischen Hochschulraum, sowie an den oder die anwendbaren nationalen Qualifikationsrahmen angepasst werden. Diese müssen Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen in der jeweiligen Fachdisziplin oder den jeweiligen Fachdisziplinen enthalten (vgl. B 2.1 und 2.2 EA). Entsprechend § 12 Absatz 1 Sätze 1 und 3 müssen Struktur und Inhalt des Curriculums so gestaltet sein, dass sie den Studierenden das Erreichen der angestrebten Lernergebnisse ermöglichen (vgl. B 3.1 EA). Die Gestaltung des Programms und die angewandten Lehr- und Lernformen müssen der Erreichung der angestrebten Lernergebnisse dienen (vgl. B 5.1 EA). Entsprechend § 12 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 muss sichergestellt sein, dass die personelle Ausstattung qualitativ und quantitativ (Qualifikationen, berufliche und internationale Erfahrung) ausreichend ist, um die Studiengänge zu implementieren (vgl. B 7.1 EA). Auch die bereitgestellte Sachausstattung muss im Hinblick auf die angestrebten Lernergebnisse ausreichend und angemessen sein (vgl. B 7.1 EA). Entsprechend § 12 Absatz 4 muss sichergestellt sein, dass die Prüfungsvorschriften und die Beurteilung der erreichten Lernergebnisse mit den angestrebten Lernergebnissen übereinstimmen und dass diese von den Partnerhochschulen konsequent angewendet werden (B 5.2 EA). Entsprechend § 14 sind die Arbeitsbelastung und die durchschnittliche Zeit für den Abschluss des Programms zu beobachten (B 3.3 EA).

Satz 2 regelt weitere Anforderungen, die sich aus den politischen Vereinbarungen des Europäischen Ansatzes ergeben.

Nummer 1 legt zusätzlich fest, dass die Angemessenheit der Zulassungsanforderungen und des Auswahlverfahrens angesichts der Niveaustufe und der Fachdisziplin, in der das Programm angesiedelt ist, zu prüfen ist (B 4.1 EA). Der Begriff Auswahlverfahren meint dabei im Ausland übliche Tests und Gespräche und dergleichen und nicht ein Auswahlverfahren im zulassungsrechtlichen Sinne.

Nummer 2 bestimmt, dass das Erreichen der mit dem Programm angestrebten Lernergebnisse nachgewiesen werden kann (B 2.3 EA).

Nummer 3 stellt klar, dass einschlägige Regelungen der Richtlinie 2005/36/EG²³ des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in der aktuell gültigen Fassung insbesondere im Bereich reglementierter Berufe bei der Konzeption und Umsetzung berück-

²³ https://www.erkennung-in-deutschland.de/html/de/eu_erkennungrichtlinie.php.

sichtigt werden müssen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich spezifizierter Mindestausbildungsanforderungen oder gemeinsamer Ausbildungsrahmen (B 2.4 EA).

Nummer 4 legt fest, dass bei der Gestaltung des Programms und den angewendeten Lehr- und Lernformen sowie bei der Betreuung der Studierenden die Vielfalt der Studierenden und ihrer Bedürfnisse respektiert und berücksichtigt wird (insbesondere im Hinblick auf die möglichen verschiedenen kulturellen Hintergründe) und den spezifischen Anforderungen mobiler Studierender Rechnung getragen wird (vgl. B 5.1 und B.6 EA).

Nummer 5 stellt sicher, dass bei einer Anwendung des EA an systemakkreditierten Hochschulen die für Joint-Degree-Programme geltenden formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien als Teil des Qualitätsmanagementsystems Berücksichtigung finden.

Absatz 2 erweitert den Anwendungsbereich der in § 10 Absätze 1 und 2, § 16 Absatz 1 und § 33 Absatz 1 festgelegten Kriterien und Verfahrensregeln des sogenannten European Approach auf Joint-Degree-Programme, die in Kooperation mit Hochschulen außerhalb des Europäischen Hochschulraums durchgeführt werden, wenn sich die außereuropäischen Kooperationspartner in einer Kooperationsvereinbarung mit der inländischen Hochschule zur Anwendung dieser Grundsätze verpflichtet haben.

Zu § 17 – Konzept des Qualitätsmanagementsystems (Ziele, Prozesse, Instrumente) und zu § 18 – Maßnahmen zur Umsetzung des Qualitätsmanagementkonzepts):

Die §§ 17 und 18 enthalten Sonderregelungen für die Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 Nummern 1 und 3 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages, soweit deren Gegenstand die Überprüfung hochschulinterner Qualitätsmanagementsysteme ist. Dabei werden die zentralen Anforderungen an ein funktionsfähiges Qualitätsmanagementsystem in der Lehre definiert. Die konkrete Ausgestaltung bleibt, abhängig von den jeweiligen Gegebenheiten, der einzelnen Hochschule überlassen.

Zu § 17 – Konzept des Qualitätsmanagementsystems (Ziele, Prozesse, Instrumente)

Absatz 1 enthält Festlegungen zur Überprüfung der inhaltlichen Anforderungen an ein funktionierendes Qualitätsmanagementsystem in der Lehre. Nachzuweisen ist nach Satz 1 die Existenz eines Leitbildes für die Lehre, das sich in den Studiengängen widerspiegelt. Gemeint ist dabei die Beschreibung eines verbindlichen Leitbildes für die Lehre an der Hochschule, in dem sich Lehrende, Hochschulleitungen, Fakultäten, Studiengangsleitungen und Studierendenvertreter über die übergeordneten Bildungsziele im Einklang mit dem jeweiligen Hochschulprofil verständigt haben. Diese umfasst eine grundsätzliche Klärung des Selbstverständnisses der Lehrinstitution, der fächerüber-

greifenden didaktischen Leitlinien und gegebenenfalls grundlegende Qualifizierungsziele.²⁴ Das Leitbild muss sich im Lehrprofil der einzelnen Studiengänge, bezogen auf Kompetenzziele und -niveau, widerspiegeln. Nach Satz 2 ist das Qualitätsmanagementsystem integraler Bestandteil der Gesamtstrategie zur Umsetzung des Leitbildes; es muss sich also in die diesbezüglichen Maßnahmen der Hochschule nahtlos mit dem Ziel einfügen, die Studienqualität in einem strukturierten und nachhaltigen Entwicklungsprozess weiter zu verbessern. Nach Satz 3 muss der Nachweis erbracht werden, dass das Qualitätsmanagementsystem so strukturiert und implementiert ist, dass es dauerhaft und nachhaltig sowie regelmäßig während des jeweiligen Akkreditierungszyklus die Umsetzung der in den Abschnitten 2 und 3 (§§ 11 bis 15) festgelegten formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien für die einzelnen Studiengänge gewährleistet. Satz 4 nennt die für das Qualitätsmanagementsystem zentralen Elemente, für die im System Entscheidungsprozesse, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten definiert und implementiert sein müssen, nämlich

- Prozesse zur Einrichtung, Überprüfung, Weiterentwicklung und Einstellung von Studiengängen und
- das Verfahren zur internen Akkreditierung von Studiengängen nach den in den Abschnitten 2 und 3 (§§ 11 bis 15) festgelegten formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien.

Sämtliche Prozesse und Verfahren müssen verbindlich festgelegt und hochschulweit kommuniziert sein.

Absatz 2 regelt die formalen Anforderungen an das Qualitätsmanagementsystem der Hochschule und orientiert sich dabei an den ESG²⁵. Dazu gehören

- die Entwicklung des Qualitätsmanagementsystems unter Beteiligung aller Mitgliedergruppen der Hochschule, d.h. des wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals und der Studierenden sowie die Einbeziehung externen Sachverständigen, etwa aus der Berufspraxis, von (internationalen) Vertreterinnen und Vertretern anderer Hochschulen, von Agenturen mit Erfahrungen im Qualitätsmanagement an Hochschulen entsprechend II. Teil 1 Standard 1.1 ESG zur Entwicklung der Strategie für die Qualitätssicherung (Satz 1),
- Mechanismen zur Sicherstellung der Unabhängigkeit von Qualitätsbewertungen insbesondere bei der Auswahl und Benennung von Gutachterinnen und Gutachtern und bei den hochschulinternen Entscheidungsprozessen entsprechend II. Teil 1 Standard 2.4 ESG zu Anforderungen an Peer-Review-Expertinnen und -Experten (Satz 2 Halbsatz 2),

²⁴ vgl. Positionspapier des Wissenschaftsrats zu „Strategien für die Hochschullehre, April 2017, S. 16 f, <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/6190-17.pdf>.

²⁵ vgl. Fußnote 11.

- die Definition von regelhaften Prozessen zum Umgang mit Konflikten und die Etablierung eines internen Beschwerdesystems insbesondere für „interne“ Akkreditierungsentscheidungen entsprechend II. Teil 1 Standard 2.7 ESG zu Beschwerden und Einsprüchen (Satz 2 Halbsatz 2),
- die Existenz geschlossener Regelkreise, die strukturiert, transparent, nachhaltig und verlässlich dafür Sorge tragen, dass es zu einer permanenten Qualitätsverbesserung der Studienqualität kommt, entsprechend II. Teil 1 Standard 1.9 ESG zu fortlaufender Beobachtung und regelmäßiger Überprüfung der Studiengänge (Satz 3 Halbsatz 1),
- die Einbeziehung aller für Studium und Lehre unmittelbar relevanter Leistungsbereiche [u.a. Studienberatung, Bewerbungs-, Zugangs- und Zulassungsverfahren, Prüfungsverwaltung, Lehre (einschließlich eventueller Kooperationen), Prüfungswesen, Studierendenservices, Personalentwicklung, hochschuldidaktische Weiterbildung] (Satz 3 Halbsatz 2),
- eine angemessene und nachhaltige Ressourcenausstattung zur Umsetzung der im Qualitätsmanagement vorgesehenen Maßnahmen und Prozesse. Dazu gehört insbesondere ausreichendes Personal für die Konzeption, Implementierung und Administrierung der Prozesse des Qualitätsmanagementsystems und eine angemessene EDV-Ausstattung, die für die erforderliche Bereitstellung von aussagekräftigen Daten von besonderer Bedeutung ist, vgl. § 18 Absatz 3,
- die regelhafte Überprüfung der Wirksamkeit des Qualitätsmanagementsystems mit Bezug auf die Studienqualität und seine Weiterentwicklung selbst auf der Basis einer kontinuierlichen Evaluation der im System angelegten Prozesse und eine datengestützte Kontrolle der Ergebnisse (Satz 4).

Zu § 18 – Maßnahmen zur Umsetzung des Qualitätsmanagementkonzepts

Absatz 1 regelt die wesentlichen Instrumente des Qualitätsmanagementsystems. Dieses umfasst nach Satz 1 regelmäßige Bewertungen der Studiengänge und der für Lehre und Studium relevanten Leistungsbereiche (vgl. § 17 Absatz 2, Satz 3 Halbsatz 2) durch hochschulinterne und -externe Studierende, hochschulexterne wissenschaftliche Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertreter der Berufspraxis sowie Absolventinnen und Absolventen. Sie stellen sicher, dass Bewertungen im Rahmen des internen Qualitätsmanagementsystems so umgesetzt werden, dass permanente Impulse zur Qualitätsverbesserung gesetzt werden. Dafür ist eine regelhafte Beteiligung externer Expertise unverzichtbar. Entsprechend II. Teil 1 Standard 1.9 ESG (fortlaufende Beobachtung und regelmäßige Überprüfung der Studiengänge) sollen bei den Bewertungen insbesondere folgende Aspekte einbezogen werden: Die Aktualität der Studiengänge, sich verändernde gesellschaftliche Bedürfnisse, Arbeitsaufwand der Studierenden, Studienverläufe und Abschlüsse, Effektivität der Prüfungsverfahren,

Erwartungen und Bedürfnisse der Studierenden, Lernumgebung und Betreuungsangebote. Die Ergebnisse sollen der Hochschulöffentlichkeit unter Wahrung datenschutzrechtlicher Belange in geeigneter Weise zugänglich gemacht werden, um die notwendige Transparenz und Akzeptanz herzustellen.

Satz 2 fordert, dass im Falle von Handlungsbedarf entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden und deren Umsetzung geprüft werden muss.

Absatz 2 stellt klar, dass bei der internen Akkreditierung von Studiengängen die in § 25 Absatz 1 Sätze 3 bis 5 geregelten Mitwirkungs- und Zustimmungserfordernisse in Lehramtsstudiengängen, Lehramtsstudiengängen mit dem Kombinationsfach Evangelische oder Katholische Theologie/Religion, evangelisch-theologischen Studiengängen, die für das Pfarramt qualifizieren, und anderen Bachelor- und Masterstudiengängen mit dem Kombinationsfach Evangelische oder Katholische Theologie Beachtung finden müssen. Sofern die internen Verfahren Prüfberichte vorsehen, gilt das Zustimmungserfordernis gemäß § 24 Absatz 3 entsprechend.

Absatz 3 stellt sicher, dass die für die Erstellung und Umsetzung des Qualitätsmanagementsystems und der Messung des Umsetzungsstands sowie der Effekte der eingeleiteten Maßnahmen (vgl. Absatz 1) erforderlichen Daten hochschulweit und regelmäßig erhoben werden. Abhängig vom Hochschulprofil und dem Qualitätsmanagementsystem können dabei insbesondere folgende Daten relevant sein: Leistungsindikatoren, Profil der Studierendenschaft, Studienverläufe, Erfolgs- und Abbruchquoten, Zufriedenheit der Studierenden mit den Studiengängen, verfügbare Ausstattung und Betreuung, Berufswege von Absolventinnen und Absolventen. Bei der Datenerhebung ist dafür Sorge zu tragen, dass die jeweils Betroffenen (wissenschaftliches und nicht-wissenschaftliches Personal und Studierende) an der Zulieferung und Auswertung der Daten sowie an der Planung von Folgeaktivitäten beteiligt werden (vgl. auch II. Teil 1 Standard 1.7 ESG, Informationsmanagement).

Absatz 4 Satz 1 gewährleistet, dass die Hochschule ihre internen Akkreditierungsverfahren umfassend dokumentiert und alle relevanten Beteiligten in angemessener Weise regelmäßig über ergriffene Maßnahmen informiert, um die erforderliche Transparenz herzustellen. Dabei sind datenschutzrechtliche Belange zu beachten. Mit Satz 2 wird klargestellt, dass die Hochschule nicht nur die Öffentlichkeit in geeigneter Weise über das Ergebnis ihrer internen Akkreditierungsverfahren informieren muss, sondern auch dem Akkreditierungsrat die für die in § 29 Satz 3 geregelte Dokumentation der Ergebnisse erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen muss.

Zu § 19 – Kooperationen mit nichthochschulischen Einrichtungen

§ 19 regelt die Voraussetzungen, unter denen eine Hochschule studiengangsbezo-

gene Kooperationen mit nichthochschulischen Einrichtungen durchführen kann. Kennzeichnend für solche studiengangsbezogenen Kooperationen ist, dass Studiengänge oder als gleichwertig angerechnete Programme teilweise oder sogar vollständig außerhalb der gradverleihenden Hochschule durchgeführt werden und dass der kooperierende Bildungsträger in einer asymmetrischen, nachgeordneten Beziehung zur gradverleihenden Hochschule steht. Im Falle einer solchen Kooperation ist Antragsteller gemäß § 22 Absatz 1 immer die Hochschule. Kooperationen mit gemeinsamen wissenschaftlichen Einrichtungen für mehrere Hochschulen werden vom Regelungsgehalt des § 19 nicht erfasst. Satz 1 macht deutlich, dass die formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien gemäß den Abschnitten 2 und 3 auch auf solche Studiengänge Anwendung finden. Satz 2 zählt die Entscheidungen auf, die unter Maßgabe der akademischen Letztverantwortung der Hochschule für den Studiengang von dieser nicht an einen kooperierenden Bildungsträger delegiert werden dürfen. Das Kriterium „Verfahren der Auswahl des Lehrpersonals“ bezieht sich dabei vorrangig auf das profes-sorale Lehrpersonal. Die Festlegung der normierten Kriterien orientiert sich dabei an der entsprechenden Empfehlung des Wissenschaftsrates „Bestandsaufnahme und Empfehlungen zu studiengangsbezogenen Kooperationen: Franchise-, Validierungs- und Anrechnungsmodell“ aus dem Jahr 2017. Satz 2 findet keine Anwendung auf Kooperationen mit staatlichen Seminaren der zweiten Phase der Lehramtsausbildungen sowie auf Schulpraxisphasen in Lehramtsstudiengängen.

Zu § 20 – Hochschulische Kooperationen

§ 20 regelt die studiengangsbezogenen Kooperationen zwischen Hochschulen, soweit nicht auf Antrag der beteiligten inländischen Hochschule bzw. Hochschulen bei Joint-Degree-Programmen die in den §§ 10, 16 und 33 dieser Verordnung enthaltenen Sonderregelungen Anwendung finden.

Der für nichthochschulische Kooperationspartner geltende Vorbehaltskatalog des § 19 Satz 2 gilt grundsätzlich bei Kooperationen zwischen Hochschulen nicht. Die Grad verlei-hende Hochschule bzw. die Grad verleihenden Hochschulen tragen jedoch die Ver-antwortung für die Umsetzung und die Qualität des Studiengangskonzepts. Art und Umfang der Kooperation sind in einer Kooperationsvereinbarung zwischen den Hoch-schulen zu dokumentieren.

Die Grad verleihende Hochschule bzw. die Grad verleihenden Hochschulen sind An-tragsteller im Sinne von § 22 Absatz 1 dieser Verordnung.

Führt eine systemakkreditierte Hochschule eine solche studiengangsbezogene Ko-operation durch, kann sie das Siegel des Akkreditierungsrates für den Studiengang verleihen, sofern sie selbst einen Hochschulgrad verleiht und die Umsetzung und die Qualität des Studiengangskonzepts gewährleistet.

Aus Absatz 3 folgt, dass Hochschulen zur Verfahrenserleichterung auch auf der Ebene ihrer Qualitätssicherungssysteme kooperieren können und hierbei die organisatorische Verbindung mehrerer Verfahren zulässig ist; es bedarf eines abgestimmten Antrages der kooperierenden Hochschulen nach Absatz 3 Satz 2. Diese Option wird insbesondere für kleinere oder gegebenenfalls private Hochschulen in Betracht kommen. Eine gemeinsame Nutzung z. B. von Serviceeinrichtungen der Qualitätssicherung ist dabei zur Optimierung des Ressourceneinsatzes grundsätzlich denkbar. Eine Entscheidung über die Systemakkreditierung ist jedoch für jede kooperierende Hochschule zu treffen. Der Entscheidungsvorschlag der Agentur ist entsprechend vorzubereiten.

Zu § 21

In § 21 Musterrechtsverordnung sind die besonderen Kriterien für die Akkreditierung von Bachelorausbildungsgängen an Berufsakademien geregelt. Da es solche in Baden-Württemberg nicht gibt, sondern nur in einigen anderen Ländern (u.a. Hamburg, Hessen, und dem Saarland) ist die Regelung für Baden-Württemberg gegenstandslos.

Zu Abschnitt 4 – Verfahrensregeln für die Programm- und Systemakkreditierung

Zu § 22 – Entscheidung des Akkreditierungsrates; Verleihung des Siegels

Absatz 1 regelt die wesentlichen Verfahrenselemente für die Programm- und Systemakkreditierung. Abweichend von dem bisher praktizierten Verfahren der Akkreditierung durch die jeweilige Agentur, die über die Akkreditierung entschieden hat, sieht der Studienakkreditierungsstaatsvertrag eine Zweiteilung des Akkreditierungsprozesses vor: Nach Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 Studienakkreditierungsstaatsvertrag ist für die Akkreditierung ein Antrag der Hochschule gegenüber dem Akkreditierungsrat erforderlich, aufgrund dessen dieser gemäß Artikel 3 Absatz 5 Satz 4 Studienakkreditierungsstaatsvertrag durch einen Verwaltungsakt über die Akkreditierung entscheidet. Beginn des Verfahrens ist somit der Zeitpunkt der Antragstellung der Hochschule beim Akkreditierungsrat.

Nach Artikel 3 Absatz 5 Studienakkreditierungsstaatsvertrag umfasst die Entscheidung des Akkreditierungsrates die Feststellung der Einhaltung der formalen Kriterien nach Artikel 2 Absatz 2 Studienakkreditierungsstaatsvertrag einerseits und der fachlich-inhaltlichen Kriterien nach Artikel 2 Absatz 3 Studienakkreditierungsstaatsvertrag andererseits. Sind diese Kriterien erfüllt, ist die Akkreditierung auszusprechen. Es handelt sich um einen gebundenen Verwaltungsakt im Sinne des § 35 Absatz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG).

Der Akkreditierungsrat prüft die Einhaltung der formalen Kriterien anhand eines Prüfberichts. Die Einhaltung der fachlich-inhaltlichen Kriterien prüft der Akkreditierungsrat

anhand eines Gutachtens. Da es sich dabei jeweils um Empfehlungen der Agentur handelt, ist der Akkreditierungsrat an diese Einschätzungen nicht gebunden.

Absatz 2 stellt klar, dass die Entscheidung des Akkreditierungsrates durch einen schriftlichen Bescheid getroffen wird. Verwaltungsakte sind gemäß § 39 VwVfG grundsätzlich zu begründen. Satz 2 ist daher deklaratorisch. In der Begründung des Bescheides ist gemäß Artikel 3 Absatz 4 Satz 3 Studienakkreditierungsstaatsvertrag insbesondere auf etwaige Abweichungen des Akkreditierungsrates von den Empfehlungen des Gutachtens zu den fachlich-inhaltlichen Kriterien einzugehen.

Absatz 3 greift Artikel 3 Absatz 4 Studienakkreditierungsstaatsvertrag auf, wonach die Hochschule vor der abschließenden Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme erhält. Um Verzögerungen des Verfahrens zu vermeiden, ist die durch den Akkreditierungsrat einzuholende Stellungnahme in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsverfahrensrecht auf solche Fälle beschränkt, in denen der Akkreditierungsrat von der Empfehlung des Gutachtens in erheblichem Umfang abzuweichen beabsichtigt. Der Hochschule ist es unbenommen, im Rahmen der Antragstellung dem Gutachten der Agentur eine Stellungnahme beizufügen. Dem Recht auf Gehör, wie es in Artikel 3 Absatz 4 Studienakkreditierungsstaatsvertrag zum Ausdruck kommt, wird damit Rechnung getragen.

In Satz 2 wird außerdem eine Frist von einem Monat für die Abgabe der Stellungnahme vorgesehen. Die Frist dient der Beschleunigung des Verfahrens.

Absatz 4 legt fest, dass der Akkreditierungsrat dem akkreditierten Studiengang oder Qualitätssicherungssystem bei einer erfolgreichen Akkreditierung sein Siegel verleiht. Damit wird die bisherige Praxis fortgeführt. Das Siegel dient der Transparenz.

Bei einer Systemakkreditierung erhält die Hochschule das Recht, das Siegel des Akkreditierungsrates für die von ihr in eigener Regie geprüften und den Akkreditierungsregeln entsprechenden Studiengänge selbst zu verleihen.

Eine Akkreditierung mit Auflagen führt nicht zu einer Aufschiebung der Siegelverleihung. Damit wird sichergestellt, dass bei Auflagen sorgfältig zu unterscheiden ist zwischen Mängeln, die die Akkreditierungsentscheidung an sich nicht tangieren, und gravierenden Defiziten, die zu einer Versagung der Akkreditierung führen.

Die in Absatz 5 bezeichneten Studiengänge werden durch diese Vorschrift von der Möglichkeit der Einbeziehung in die Systemakkreditierung und in alternative Verfahren der Akkreditierung ausgenommen. Grundsätzlich erscheint eine solche Einbeziehung unter Wahrung der jeweiligen kirchlichen Mitwirkungsrechte zwar denkbar, prozedural jedoch unverhältnismäßig aufwändig. Dies betrifft insbesondere die nähere Bestimmung der Rolle der Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung kanonischer

Studiengänge in Deutschland (AKAST) in einem derartigen Verfahren.

Das Zustimmungserfordernis der zuständigen kirchlichen Stelle bei der Entscheidung des Akkreditierungsrates in volltheologischen und teiltheologischen Studiengängen trägt der Tatsache Rechnung, dass das Gutachten empfehlenden Charakter hat und den Akkreditierungsrat nicht bindet. Es gilt analog auch für Entscheidungen des Akkreditierungsrates nach den §§ 26, 27 und 28.

Zu § 23 – Vorzulegende Unterlagen

Absatz 1: Dem Akkreditierungsantrag sind ein Selbstbericht der Hochschule und der von der Hochschule bei einer beim Akkreditierungsrat zugelassenen Agentur in Auftrag gegebene Akkreditierungsbericht, bestehend aus Prüfbericht und Gutachten beizufügen. Bei dem Selbstbericht handelt es sich um den in Artikel 3 Absatz 2 Nummer 2 Studienakkreditierungsstaatsvertrag geforderten Selbstevaluationsbericht.

Bei der erstmaligen Systemakkreditierung bezieht sich der Prüfbericht auf den Nachweis, dass mindestens ein Studiengang das Qualitätsmanagementsystem durchlaufen hat (Nummer 3); bei einer erneuten Systemakkreditierung auf den Nachweis, dass alle Bachelor- und Masterstudiengänge das Qualitätssicherungssystem mindestens einmal durchlaufen haben (Nummer 4).

Absatz 2: Beim Akkreditierungsrat können gemäß Artikel 5 Absatz 3 Nummer 5 Studienakkreditierungsstaatsvertrag ausländische Agenturen grundsätzlich zugelassen werden. Akkreditierungsberichte, die bei ausländischen Agenturen beauftragt wurden, müssen dem Akkreditierungsrat zwingend mit einer deutschen Übersetzung vorgelegt werden, soweit sie nicht in deutscher Sprache verfasst sind. Dies dient der Verfahrensökonomie beim Akkreditierungsrat.

Absatz 3 schreibt im Interesse eines zügigen und reibungslosen Verfahrens die Verpflichtung zur elektronischen Antragstellung fest, sobald der Akkreditierungsrat die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen hat.

Zu § 24 – Beauftragung einer Agentur; Akkreditierungsgutachten; Begehung

Absatz 1: Grundlage für die Entscheidung des Akkreditierungsrates ist nach Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 Studienakkreditierungsstaatsvertrag ein Akkreditierungsbericht, den die Hochschule zuvor bei einer beim Akkreditierungsrat zugelassenen Agentur in Auftrag gegeben hat.

Die Beauftragung der Agentur ist gemäß Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 Studienakkreditierungsstaatsvertrag privatrechtlicher Natur.

Satz 2 regelt die Besonderheit, dass bei volltheologischen Studiengängen der Katholischen Theologie entsprechend dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom

13.12.2007 „Eckpunkte für die Studienstruktur in Studiengängen mit Katholischer oder Evangelischer Theologie/Religion“²⁶ die Begutachtung ausschließlich durch die Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Kanonischer Studiengänge (AKAST) erfolgt. Auch in einer weiteren Hinsicht ist der Rolle von AKAST Rechnung zu tragen. Nach Artikel 5 Absatz 3 Nummer 5 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages lässt der Akkreditierungsrat die Agenturen unter den dort genannten Voraussetzungen zu. Für die beim European Quality Assurance Register for Higher Education (EQAR) gelisteten Agenturen wird das Erfülltsein dieser Voraussetzungen „widerlegbar vermutet“. AKAST ist jedoch nicht im EQAR gelistet. Der Akkreditierungsrat hat AKAST gleichwohl für den deutschen Raum zugelassen. Damit ist die Agentur in ihrem Bereich wirksam qualitätssichernd tätig. Auf diese vom Akkreditierungsrat erteilte Zulassung wird im Verordnungstext affirmativ Bezug genommen. Das schließt allerdings eine erneute Zulassung nach einer angemessenen Zeit nicht aus.

Absatz 2: Die Programm- und Systemakkreditierung erfolgen nach Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 Studienakkreditierungsstaatsvertrag auf der Basis eines Selbstberichts der Hochschule, der mindestens Angaben zu den Qualitätszielen der Hochschule und zu den formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien der Akkreditierung enthalten muss. An der Erstellung des Selbstberichts ist die Studierendenschaft zu beteiligen. Der Bericht ist – wie beim bisherigen Verfahren üblich – der Agentur zur Verfügung zu stellen und später beim Akkreditierungsrat einzureichen.

Die Musterrechtsverordnung macht keine Vorgaben dazu, welches Organ der Studierendenschaft an der Erstellung des Selbstberichts zu beteiligen ist. Dies bleibt der Verfassten Studierendenschaft überlassen. Bei Programmakkreditierungen kann aufgrund der Nähe der Fachschaft zum jeweiligen Studiengang eine Übertragung dieser Aufgabe auf ein Organ der Fachschaft bzw. bei der DHBW auf die Studierendenvertretung der örtlichen Studienakademie erfolgen. Bei den Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung, die keine Verfasste Studierendenschaft haben, ist eine andere Studierendenvertretung zu beteiligen, wie z.B. die Fachschaft oder eine Studienkommission oder bei fakultätsübergreifenden Akkreditierungen der Allgemeine Studierenden-ausschuss.

Die formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien sind im Selbstbericht getrennt aufzuführen. Der Bericht soll für die Programmakkreditierung 20 und für die System- und Bündelakkreditierung 50 Seiten nicht überschreiten. Damit soll das Verfahren vereinfacht und effizient gestaltet werden.

Absätze 3 und 4: In Absatz 3 wird festgelegt, dass der Prüfbericht von der beauftragten Agentur vorbereitet wird. In der Regel wird dies innerhalb der Agentur die Geschäfts-

²⁶ vgl. Fußnote 4.

stelle übernehmen. Damit werden die Gutachterinnen und Gutachter des Gutachtergremiums von der Prüfung rein formaler Kriterien entlastet. Das Gutachtergremium ist für die Fertigung des Gutachtens zu den fachlich-inhaltlichen Kriterien zuständig. Dazu erhält es vorbereitend den Prüfbericht. Da sich die formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien aufeinander beziehen können, ist der Prüfbericht für das Gutachtergremium nicht bindend. Bei Lehramtsstudiengängen sowie bei volltheologischen und teiltheologischen Studiengängen bedarf der Prüfbericht der Zustimmung der jeweils zuständigen Stellen. Damit wird dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 02.06.2005 „Eckpunkte für die gegenseitige Anerkennung von Bachelor- und Masterabschlüssen in Studiengängen, mit denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden“ (sog. Quedlinburger Beschluss)²⁷ sowie dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 13.12.2007 „Eckpunkte für die Studienstruktur in Studiengängen mit Katholischer oder Evangelischer Theologie/Religion“ Rechnung getragen. Sowohl der Prüfbericht als auch das Gutachten enthalten Vorschläge über die Feststellung der Einhaltung der maßgeblichen Kriterien für den Akkreditierungsrat, die jedoch nicht bindend sind. Der Akkreditierungsbericht hat damit den Charakter eines Sachverständigengutachtens.

Die Bestimmungen zu Prüfbericht und Gutachten enthalten keine Vorschriften zu möglichen Auflagen, da diese künftig nur noch ausnahmsweise in Betracht kommen sollen. Stellt die Agentur bei der Prüfung der formalen Kriterien fest, dass diese nicht erfüllt sind, ist die Hochschule unverzüglich zu informieren, um sie in die Lage zu versetzen, den Akkreditierungsprozess abzubrechen, falls eine positive Akkreditierungsentscheidung durch den Akkreditierungsrat nicht zu erwarten ist. Das Gutachten kann Vorschläge für Änderungsaufgaben zu fachlich-inhaltlichen Kriterien enthalten, die auf solche Mängel begrenzt sind, die keine ablehnende Akkreditierungsentscheidung rechtfertigen und innerhalb einer bestimmten Frist behoben werden können.

Weitergehende Vorgaben zum Inhalt der Gutachten sind nicht vorgesehen. Dies schließt nicht aus, dass das Gutachten z. B. Empfehlungen zur Qualitätsentwicklung des Studiengangs bzw. des Qualitätsmanagementsystems enthalten kann, die auf eine Qualitätssteigerung, die über die in der Akkreditierung durch den Akkreditierungsrat zugrunde zu legenden Standards hinausgeht, angelegt sind und daher keine Grundlage für etwaige Auflagen bilden können. Außerdem kann das Gutachten auch Best-Practice-Modelle des Studiengangs benennen. Durch die Veröffentlichung der Gutachten – und ggf. Monitorings durch den Akkreditierungsrat – können diese Modelle anderen Hochschulen als Vorbild dienen. Beides kann damit zur zukünftigen Qualitätsentwicklung beitragen.

²⁷ vgl. Fußnote 21.

Voraussetzung für eine zügige Bearbeitung der Anträge beim Akkreditierungsrat ist, dass die vorzulegenden Unterlagen einem vorgegebenen Raster folgen. Die Verordnung überträgt die Aufgabe der Entwicklung eines einheitlichen Rasters für Gutachten und Prüfbericht auf den Akkreditierungsrat.

Um den Aufwand für die Agenturen und den Akkreditierungsrat gering zu halten, wird der Umfang des Gutachtens begrenzt, wobei für Programm-, Bündel- und Systemakkreditierung differenzierte Vorgaben gelten.

Absatz 5: Teil der Begutachtung ist, wie bisher üblich, eine Begehung der Hochschule durch das Gutachtergremium, bei dem sich dieses ein eigenes Bild von den Rahmenbedingungen des zu akkreditierenden Studiengangs machen und mit den verantwortlichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern sowie den Studierenden und der Hochschulverwaltung ins Gespräch kommen kann. Im Hinblick auf die in der Systemakkreditierung obligatorischen Stichproben zur Überprüfung der relevanten Merkmale der Studiengangsgestaltung, der Durchführung der Studiengänge und der Qualitätssicherung sowie gegebenenfalls der Berücksichtigung der Kriterien für die Akkreditierung reglementierter Studiengänge sind bei Verfahren der Systemakkreditierung in der Regel zwei Termine notwendig.

Bei Studiengängen, die von der Hochschule neu entwickelt werden und die noch nicht angeboten werden, kann seitens des Gutachtergremiums einvernehmlich auf eine Begehung verzichtet werden, wenn sie gegenüber der Beurteilung der fachlich-inhaltlichen Kriterien auf der Grundlage von Unterlagen keinen Mehrwert hat (Konzeptakkreditierung). Gleiches gilt im Fall der Reakkreditierung.

Zu § 25 – Zusammensetzung des Gutachtergremiums; Anforderungen an die Gutachterinnen und Gutachter

Absatz 1 regelt die Mindestgröße des Gutachtergremiums und seine Zusammensetzung bei einer Programmakkreditierung. Damit sind bei aufwändigen Verfahren – wie z. B. Bündelakkreditierungen – größere Gutachtergremien möglich, wobei das Verhältnis der Anteile der vertretenen Gruppen zu wahren ist.

Ausgehend von Artikel 4 Absatz 3 Satz 2 Studienakkreditierungsstaatsvertrag ist das Gutachtergremium mehrheitlich mit Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern besetzt. Dadurch wird die Anforderung des Studienakkreditierungsstaatsvertrags, dass die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die Mehrheit der Stimmen (gegebenenfalls durch Gewichtung) des für die Begutachtung zuständigen Gremiums besitzen müssen, umgesetzt. Des Weiteren wird Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 Studienakkreditierungsstaatsvertrag hinsichtlich der bei der Akkreditierung zu Beteiligten konkretisiert und umgesetzt.

Satz 3 Halbsatz 1 bestimmt im Hinblick auf die Besonderheiten bei Studiengängen, die die Befähigung für die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst für ein Lehramt vermitteln, dass eine Vertreterin oder ein Vertreter der für das Schulwesen zuständigen Obersten Landesbehörde – in Baden-Württemberg des Kultusministeriums – an die Stelle einer Vertreterin oder eines Vertreters der beruflichen Praxis tritt. Dadurch wird die Fachlichkeit des Gremiums gewahrt, ohne es weiter zu vergrößern. Die Regelung legt Mindeststandards fest. Die Länder können weitergehende Beteiligungserfordernisse vorsehen.

Bei der Begutachtung der in Satz 3 Halbsatz 2 und Satz 4 genannten Studiengänge ist die Beteiligung der jeweils zuständigen kirchlichen Stelle erforderlich. Dabei folgt die nähere Ausgestaltung dieser Regelung dem Grundsatz, dass bei den volltheologischen und den teiltheologischen Studiengängen der kirchliche Dienst das insgesamt am meisten gewählte berufliche Praxisfeld ist. Daher ist hier eine Vertretung der beruflichen Praxis durch die Kirchen naheliegend. Für Religionslehrerinnen und Religionslehrer stellt in aller Regel der Staatsdienst die berufliche Perspektive dar. Die Vertretung für die berufliche Praxis wird in diesem Fall also wie bei allen anderen Lehramtsstudiengängen von der für das Schulwesen zuständigen Obersten Landesbehörde – in Baden-Württemberg dem Kultusministerium – wahrgenommen. Die kirchliche Vertreterin oder der kirchliche Vertreter tritt dann als weiteres Mitglied des Gutachtergremiums hinzu.

Alle Gutachterinnen und Gutachter müssen einer dem zu akkreditierenden Studiengang nahestehenden Fachrichtung angehören.

Satz 5 bestimmt, dass bei den Lehramtsstudiengängen und den genannten theologischen Studiengängen die Abgabe des Gutachtens die Zustimmung der betreffenden Vertreterinnen oder Vertreter benötigt. Damit wird zum einen dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 02.06.2005 "Eckpunkte für die gegenseitige Anerkennung von Bachelor- und Masterabschlüssen in Studiengängen, mit denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden" (sog. Quedlinburger Beschluss)²⁸ Rechnung getragen. Nachdem die Akkreditierungsentscheidung durch den Studienakkreditierungsstaatsvertrag auf den Akkreditierungsrat übertragen ist, entspricht das Zustimmungserfordernis, ohne die das Gutachten dem Akkreditierungsrat nicht vorgelegt werden kann, zum anderen bei katholischen volltheologischen Studiengängen der Intention der „Eckpunkte für die Studienstruktur in Studiengängen mit Katholischer und Evangelischer Theologie/Religion“ - Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 13.12.2007²⁹, da somit die Akkreditierungsentscheidung nur bei positiver Begutachtung durch AKASt und damit nicht gegen deren Votum getroffen werden kann.

²⁸ vgl. Fußnote Nr. 21.

²⁹ vgl. Fußnote Nr. 4.

Absatz 2: Bei der Systemakkreditierung entspricht die Zusammensetzung des Gutachtergremiums im Grundsatz derjenigen der Programmakkreditierung. Die Mindestanzahl der Gutachterinnen und Gutachter ist allerdings im Hinblick auf die Komplexität und den Aufwand für eine Systemakkreditierung höher. Die fachlichen Anforderungen an die Gutachterinnen und Gutachter entfallen, weil bei der Systemakkreditierung keine Studiengänge begutachtet werden, sondern das hochschuleigene Qualitätssicherungssystem. Eine fachliche Nähe zu einer speziellen Fachrichtung ist von den Gutachterinnen und Gutachtern daher nicht zu fordern.

Absatz 3 Satz 1 soll sicherstellen, dass bei Gutachtergremien, die die in Absatz 1 und 2 genannte Mindestgröße überschreiten, die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die Mehrheit der Stimmen führen. Damit wird Artikel 3 Absatz 2 Nummer 5 Studienakkreditierungsstaatsvertrag Rechnung getragen, wonach die Akkreditierungsverfahren unter Mitbestimmung dieser Gruppe erfolgen.

Die Sätze 2 und 3 regeln, dass die Mehrheit der Personen des Gutachtergremiums bereits Erfahrung mit der jeweiligen Form der Akkreditierung haben muss. Dies dient der Effizienz des Verfahrens und erhöht die Qualität und Akzeptanz der Begutachtung.

Absatz 4: Das Gutachtergremium wird von der beauftragten Agentur zusammengestellt. Bei der Bestellung der einzelnen Gutachterinnen und Gutachter sind die Agenturen gemäß Artikel 3 Absatz 3 Satz 3 Studienakkreditierungsstaatsvertrag an das von der Hochschulrektorenkonferenz zu entwickelte Verfahren gebunden.

Absatz 5: Der Studienakkreditierungsstaatsvertrag setzt in Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 externe und unabhängige Gutachterinnen und Gutachter voraus. Nach Nummern 1 und 2 werden daher Personen, die an der Hochschule, deren Studiengänge oder deren Qualitätsmanagementsystem begutachtet werden soll, tätig sind oder studieren, von einer Mitwirkung in einem Gutachtergremium ausgeschlossen. Darüber hinaus gelten nach Nummer 3 für die Gutachterinnen und Gutachter die in der Wissenschaft üblichen Befangenheitsregelungen, insbesondere die der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Absatz 6: Vor der Bestellung der Gutachterinnen und Gutachter wird die Hochschule von der Agentur über die personelle Zusammensetzung des Gutachtergremiums informiert und erhält die Möglichkeit zur Stellungnahme. Damit wird die Akzeptanz des Gutachtergremiums und der Begutachtung innerhalb der Hochschule und des zu akkreditierenden Studiengangs deutlich erhöht.

Zu § 26 – Geltungszeitraum der Akkreditierung; Verlängerung

Absatz 1: Der Geltungszeitraum für die erstmalige Akkreditierung beträgt einheitlich acht Jahre. Rechtstechnisch handelt es sich um eine Befristung im Sinne des § 36 VwVfG. Dabei werden die bisher üblichen Akkreditierungszeiträume von fünf Jahren

(Programmakkreditierung) und von sechs Jahren (Systemakkreditierung) vereinheitlicht und deutlich verlängert. Dadurch sollen Aufwand und Kosten für die Akkreditierung reduziert werden. In Satz 1 wird der Beginn des Geltungszeitraums auf den Beginn des Semesters bzw. Trimesters festgelegt, in dem die Akkreditierungsentscheidung bekanntgegeben wird, um Nachteile für Studierende zu vermeiden, die in dem Semester bzw. Trimester ihr Studium abschließen, in dem die Akkreditierungsentscheidung getroffen wird. Außerdem wird ein Gleichlauf von Semester bzw. Trimester und den Akkreditierungszeiträumen gewährleistet.

Satz 2 regelt den Fall der Konzeptakkreditierung, bei dem der Studiengang zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Akkreditierungsentscheidung noch nicht eröffnet ist. Bei der Konzeptakkreditierung beginnt der Akkreditierungszeitraum mit dem Beginn des Semesters oder Trimesters, in dem der Studiengang erstmalig angeboten wird, spätestens jedoch mit dem Beginn des zweiten auf die Bekanntgabe der Akkreditierungsentscheidung folgenden Semesters oder Trimesters. Dadurch wird erreicht, dass die Akkreditierungsentscheidung aktuell bleibt und sich durch eine verzögerte Eröffnung eines Studiengangs kein unverhältnismäßig langer Zeitraum für die Reakkreditierung ergibt.

In Absatz 2 Satz 1 wird der Begriff der Reakkreditierung als eine weitere Akkreditierung, die sich ohne Unterbrechung an den Geltungszeitraum einer Erstakkreditierung anschließt, definiert. Der Geltungszeitraum der Reakkreditierung wird gegenüber den bisher üblichen Zeiträumen von sieben Jahren bei der Programmakkreditierung und von acht Jahren bei der Systemakkreditierung ebenfalls auf einheitlich acht Jahre festgelegt. Der Verzicht auf unterschiedliche Reakkreditierungsfristen dient der Vereinfachung und trägt sowohl dem Interesse der Hochschulen nach Rechtssicherheit als auch dem Ziel einer kontinuierlichen und verlässlichen Qualitätssicherung Rechnung.

Absatz 3 Satz 1 behandelt die Sondersituation, dass ein akkreditierter Studiengang von der Hochschule nicht über den Zeitraum der Akkreditierung hinaus fortgeführt werden soll. Da eine Reakkreditierung für einen auslaufenden Studiengang unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen würde, kann der Akkreditierungsrat den Geltungszeitraum der Akkreditierung verlängern, bis die Studierenden ihr Studium abgeschlossen haben.

Die Sätze 2 und 3 enthalten Regelungen für die Situation, dass eine Hochschule eine Bündelakkreditierung anstrebt oder von der Programmakkreditierung auf eine Systemakkreditierung umstellt. In diesen Fällen soll die Hochschule sich auf die Vorbereitung der Bündel- oder Systemakkreditierung konzentrieren können und von der Programmakkreditierung von Studiengängen, die von der geplanten Bündel- oder Systemakkreditierung umfasst sein werden, entlastet werden. Zu diesem Zweck kann der Akkreditierungsrat den Geltungszeitraum einer Programmakkreditierung bis zu zwei

Jahre verlängern, wenn die Hochschule nachweisen kann, dass sie einen entsprechenden Akkreditierungsantrag vorbereitet (Satz 2). Läuft die Akkreditierung eines akkreditierten Studiengangs erst zu einem Zeitpunkt aus, zu dem die Hochschule bereits einen Akkreditierungsantrag beim Akkreditierungsrat gestellt hat, kann der Geltungszeitraum für die Dauer des Verwaltungsverfahrens beim Akkreditierungsrat zuzüglich eines Jahres verlängert werden (Satz 3). Die Verlängerungsmöglichkeit um ein weiteres Jahr ist notwendig, um der Hochschule im Fall der Umstellung auf die Systemakkreditierung die notwendige Zeit für die Bewertung des betroffenen Studiengangs nach dem von ihr entwickelten Qualitätsmanagementsystem bis zur Verleihung des Siegels zu geben.

Im Übrigen entfällt die bisherige Möglichkeit, den Geltungszeitraum einer Erstakkreditierung zu verlängern, weil ein Reakkreditierungsgutachten nicht rechtzeitig fertiggestellt ist. Die Geltungszeiträume der Akkreditierungen werden vereinheitlicht, so dass bei rechtzeitiger Beauftragung einer Agentur kein Bedarf für eine Ausnahmeregelung mehr besteht. Darüber hinaus dürfte die Einhaltung von Fristen im Rahmen von Qualitätssicherungsmaßnahmen zumutbar sein.

Zu § 27 – Auflagen

Die Hochschulen haben auf der Grundlage des Studienakkreditierungsstaatsvertrages einen Anspruch auf die Akkreditierung, wenn und soweit der Akkreditierungsgegenstand die formalen und fachlich-inhaltlichen Akkreditierungskriterien erfüllt. Die Akkreditierung ist daher ein gebundener Verwaltungsakt. Sie kann gemäß Artikel 9 Absatz 1, Satz 2 Halbsatz 2 Studienakkreditierungsstaatsvertrag mit einer Nebenbestimmung (Bedingung, Widerrufsvorbehalt, Auflage, Auflagenvorbehalt) versehen werden, wenn diese sicherstellen soll, dass die gesetzlichen Voraussetzungen der Akkreditierung erfüllt sind.

Absatz 1 bestimmt, dass für die Erfüllung einer Auflage eine Frist von in der Regel zwölf Monaten zu setzen ist. Diese Frist berücksichtigt die Tatsache, dass Änderungen in Studiengängen oder Qualitätsmanagementsystemen häufig nur zeitaufwändig umzusetzen sind. Für besonders gelagerte Fälle, die z. B. die Durchführung eines Berufungsverfahren erfordern, kann eine Verlängerung der Frist auf Antrag der Hochschule gewährt werden (Absatz 2).

Absatz 3 stellt klar, dass die Erfüllung der Auflage gegenüber dem Akkreditierungsrat, der die Auflage ausgesprochen hat, und nicht gegenüber der mit der Erstellung des Akkreditierungsgutachtens beauftragten Agentur nachzuweisen ist. Eine Bestätigung der Agentur, dass die Auflage erfüllt ist, ist nicht erforderlich, sondern ist vom Akkreditierungsrat selbst zu prüfen. Dies dient der Kostenreduktion.

Zu § 28 – Anzeigepflicht bei Änderungen

Absatz 1: Da es sich bei der Akkreditierung um einen Dauerverwaltungsakt handelt und sich während des Geltungszeitraums der Akkreditierung Änderungen hinsichtlich der formalen oder fachlich-inhaltlichen Kriterien ergeben können, sind wesentliche Änderungen unverzüglich gegenüber dem Akkreditierungsrat anzuzeigen. Wesentliche Änderungen können insbesondere solche Änderungen sein, die Studiengangsbezeichnung, Regelstudienzeit, Abschlussgrade, Konzeption, Qualifikationsziele, Profil und Inhalte der Studiengänge betreffen. Eine wesentliche Änderung kann auch bei der Einrichtung von Vertiefungsrichtungen vorliegen, die zu substantiell unterschiedlichen Kompetenzen bei den Absolventinnen und Absolventen führen oder wenn ein identisches Curriculum in verschiedenen Vermittlungsformen, an unterschiedlichen Lernorten oder von unterschiedlichen Partnern angeboten wird.

Die Anzeigepflicht versetzt den Akkreditierungsrat in die Lage, seine Akkreditierungsentscheidung auf seine Aktualität hin zu prüfen und bei wesentlichen Änderungen – soweit erforderlich –, den neuen Gegebenheiten anzupassen (z.B. durch Erteilung einer nachträglichen Auflage oder Widerruf der Akkreditierungsentscheidung).

Mit Absatz 2 wird klargestellt, dass eine Änderungsanzeige der Hochschule den Akkreditierungsrat zur Prüfung verpflichtet, ob die wesentliche Änderung die Akkreditierungsentscheidung tangiert. Bei der daraufhin ergehenden Entscheidung des Akkreditierungsrates handelt es sich um einen feststellenden Verwaltungsakt, der von der Hochschule isoliert angefochten werden kann. Bei Widerruf der Akkreditierungsentscheidung ist es sachgerecht, einen Antrag auf erneute Akkreditierung zu stellen. Die Klarstellung dient der Rechtssicherheit.

Zu § 29 – Veröffentlichung

Artikel 3 Absatz 6 Satz 2 Studienakkreditierungsstaatsvertrag sieht vor, dass die Entscheidungen des Akkreditierungsrates und die Gutachten in geeigneter Weise veröffentlicht werden. Dies wird in Satz 1 näher konkretisiert, wobei im Hinblick auf die Anforderungen der European Standards and Guidelines for Quality Assurance in the European Higher Education Area (ESG)³⁰ neben der Akkreditierungsentscheidung ausdrücklich auch der Akkreditierungsbericht – und damit Gutachten und Prüfbericht – in die Veröffentlichungspflicht einbezogen wird.

Durch die Veröffentlichung auf den Internetseiten des Akkreditierungsrates wird ein schneller und zeitgemäßer Zugriff durch interessierte Studierende, Studienbewerbenden und Studienbewerber, Hochschulangehörige und Behörden ermöglicht.

Satz 2 regelt die Behandlung personenbezogener Daten. Darunter fallen insbesondere die Namen der Gutachterinnen und Gutachter.

³⁰ Vgl. Fußnote 11.

Satz 3 erweitert die Veröffentlichungspflicht auf die internen Akkreditierungsentscheidungen systemakkreditierter Hochschulen. Dabei gelten die datenschutzrechtlichen Regelungen nach Satz 2 entsprechend.

Zu § 30 – Bündelakkreditierung; Teilsystemakkreditierung

Absatz 1: Die bisherige Möglichkeit, bei der Programmakkreditierung mehrere Studiengänge in einer Bündelakkreditierung zusammenzufassen, bleibt erhalten. Um Praktikabilität zu gewährleisten und die Qualität der Verfahren zu wahren, sollen jedoch nicht mehr als zehn Studiengänge von einem Gremium begutachtet werden. Stehen mehr als zehn Studiengänge zur Programmakkreditierung an, die eine hohe fachliche Nähe aufweisen, sind mehrere Bündel zu bilden. Da es sich um eine Sollvorschrift handelt, sind nur in atypischen Konstellationen Ausnahmen von größeren Bündeln möglich, wenn die Qualität der Begutachtung gewahrt bleibt. Auf die Möglichkeit einer der Bündelakkreditierung angepassten Größe des Gutachtergremiums gemäß § 25 Absatz 1 wird verwiesen.

Gemeinsame Strukturmerkmale mehrerer Studiengänge begründen allein keine fachliche Nähe.

Mit Satz 2 wird klargestellt, dass jeder Studiengang die fachlich-inhaltlichen Kriterien erfüllen muss und dies gesondert zu prüfen ist. Bei den formalen Kriterien nach Abschnitt 2 und dem Prüfbericht gilt dies ohnehin.

Absatz 2: Da die Zusammensetzung eines Bündels für die weitere Begutachtung und die Zusammensetzung des Gutachtergremiums von einiger Tragweite ist, wird die Möglichkeit einer Vorabgenehmigung der konkreten Zusammensetzung des Bündels durch den Akkreditierungsrat geschaffen. Dies dient der Rechtssicherheit im weiteren Verfahren und entspricht bisheriger Praxis.

Absatz 3 eröffnet im Ausnahmefall die Systemakkreditierung einer studienorganisatorischen Teileinheit einer Hochschule (z. B. Weiterbildungsinstituten oder einzelnen Fakultäten). Die Voraussetzungen in Satz 2 sind kumulativ. Die Möglichkeit der Teilsystemakkreditierung dient vor allem dazu, den Hochschulen den Einstieg in die Systemakkreditierung zu erleichtern. Mehrere, dauerhafte Teilsystemakkreditierungen innerhalb einer Hochschule sind nicht Ziel der Regelung. Aus diesem Grund muss das Qualitätsmanagementsystem der Teileinheit in die Hochschule eingebettet sein (Satz 2 Nummer 2).

Zu § 31 – Stichproben

Absatz 1: In der System- und Teilsystemakkreditierung wird vom Gutachtergremium eine Stichprobe durchgeführt. Dies ist im Hinblick auf die Verlängerung des Geltungszeitraums der Systemakkreditierung weiterhin gerechtfertigt.

Absatz 2: Nach Nummer 1 ist in der Stichprobe anhand eines vom Gutachtergremium festzulegenden Studienganges darzulegen, dass das Qualitätsmanagementsystem die Berücksichtigung aller formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien bei der internen Akkreditierung durch die Hochschule gewährleistet. Zusätzlich bezieht sich die Stichprobe nach Nummer 2 auf vom Gutachtergremium festzulegende formale und fachlich-inhaltliche Kriterien, deren Einhaltung durch das zu begutachtende Qualitätsmanagementsystem gewährleistet werden muss.

Absatz 3: Die Mitwirkungsregeln aus § 25 Absatz 1 finden bei den Stichproben analog Anwendung. Auf die dortige Begründung wird verwiesen.

Zu Abschnitt 5 – Verfahrensregeln für besondere Studiengangsformen

Zu § 32 – Kombinationsstudiengänge

Absatz 1 bestimmt die Merkmale eines Kombinationsstudienganges. Dieser setzt sich aus zwei oder mehreren Studienfächern zusammen. Studierende und Studienbewerberinnen und -bewerber können aus mehreren Kombinationsmöglichkeiten wählen. Im Sinne dieser Verordnung sind die Studienfächer eines Kombinationsstudienganges Teilstudiengänge.

Absatz 2 stellt klar, dass Akkreditierungsgegenstand der Kombinationsstudiengang ist. Die Kriterien für die Akkreditierung (Abschnitte 2 und 3 dieser Verordnung) sind auf den Kombinationsstudiengang als solchen zu beziehen. Das gilt insbesondere für die Anforderungen gemäß § 12. Die Hochschule muss über eine die Qualifikationsziele der Teilstudiengänge integrierende schlüssige Konzeption für die Gesamtheit des kombinatorischen Angebotes verfügen. Die Studierbarkeit ist grundsätzlich für alle Kombinationsmöglichkeiten zu gewährleisten.

Gemäß Absatz 3 können in die Akkreditierung eines Kombinationsstudienganges nachträglich weitere Teilstudiengänge einbezogen werden. Die vorgenannten Anforderungen gelten entsprechend. Der Geltungszeitraum der Akkreditierung für den Kombinationsstudiengang bleibt unverändert.

Absatz 4 regelt die Ausgestaltung der Akkreditierungsurkunde bei Kombinationsstudiengängen. Im Übrigen gelten gemäß Absatz 5 die Verfahrensregeln des Abschnitts 4.

Zu § 33 – Joint-Degree-Programme

Die Regelung enthält besondere Verfahrensregelungen für Joint-Degree-Programme. Sie orientiert sich dabei an den politischen Vereinbarungen zum Europäischen Ansatz (EA). Entsprechend ist die Akkreditierungsentscheidung des Akkreditierungsrats als Entscheidung zur Anerkennung einer Bewertung einer bei EQAR registrierten Agentur ausgestaltet (vgl. A 1. Spiegelstrich EA). Einer solchen Entscheidung bedarf es nur in

Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 2 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages (Programmakkreditierung), da die Anwendung der für Joint-Degree-Programme relevanten Kriterien bei systemakkreditierten Hochschulen durch § 16 Nummer 5 sichergestellt wird (vgl. A 2. Spiegelstrich EA).

Da der Europäische Ansatz auf volltheologische und teiltheologische Studiengänge keine Anwendung finden kann, gelten für Joint-Degree-Programme in diesen Studiengängen die allgemeinen Regelungen.

Absatz 1 Satz 1 legt fest, dass die Bewertung von einer in EQAR eingetragenen Agentur auf Antrag der kooperierenden Hochschulen getroffen werden kann und dass diese Entscheidung auf Antrag der beteiligten inländischen Hochschule oder Hochschulen Basis einer Akkreditierungsentscheidung sein kann. Dabei kommt es nicht darauf an, dass diese Agentur vom Akkreditierungsrat zugelassen wurde. Soweit eine vom Akkreditierungsrat zugelassene Agentur tätig wird, erfolgt dies außerhalb des Geschäftsfeldes, in dem die Zulassung beim Akkreditierungsrat besteht. Der Anwendungsbereich wird zudem auf Studienprogramme beschränkt, in denen ausschließlich inländische Hochschulen und Hochschulen aus Teilnahmestaaten des Europäischen Hochschulraums kooperieren.

Satz 2 fordert als Voraussetzung für eine positive Akkreditierungsentscheidung den Nachweis der Einhaltung der in den Abschnitten 2 und 3 festgelegten Kriterien für Joint-Degree-Programme. Zudem legt er die Anforderungen an das Bewertungsverfahren im Einzelnen fest.

Nummer 1 enthält eine Anzeigepflicht vor Durchführung eines entsprechenden Verfahrens beim Akkreditierungsrat. Damit soll sichergestellt werden, dass bereits vor Eröffnung des Verfahrens geprüft wird, ob der Anwendungsbereich dieser Verordnung für Akkreditierungsentscheidungen zu Joint-Degree-Programmen eröffnet ist.

Die Nummern 2 bis 5 entsprechen den im EA enthaltenen Anforderungen an Verfahren zur externen Qualitätssicherung von Joint-Degree-Programmen. Dazu gehört ein Selbstbericht, der gemeinsam von den kooperierenden Hochschulen vorgelegt wird. Dieser muss umfassende Informationen enthalten, welche die Einhaltung der für Joint-Degree-Programme geltenden Anforderungen nachweisen. Zudem enthält der Bericht die erforderlichen Informationen über die jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen der kooperierenden Hochschulen, die ausländische Agenturen und Experten ggf. benötigen, um den Kontext einschätzen zu können, was insbesondere mit Blick auf die Einordnung des Programms innerhalb des nationalen Hochschulsystems gilt. Der Selbstbericht konzentriert sich ausdrücklich auf die besonderen Merkmale des Joint-Degree-Programms als gemeinsames Unterfangen von Hochschulen aus mehr als einem nationalen Hochschulsystem (Nummer 2; vgl. C 1 EA). Die Begehung ermöglicht es der Gutachtergruppe, auf der Grundlage des Selbstberichts über das Joint-Degree-

Programm zu diskutieren und zu bewerten, ob das Programm den Anforderungen an Joint-Degree-Programme entspricht. Die Begehung beinhaltet daher Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern aller kooperierenden Hochschulen, insbesondere mit den Hochschulleitungen und Programmkoordinatorinnen und -koordinatoren, dem Personal, den Studierenden sowie anderen relevanten Interessengruppen wie Absolventinnen und Absolventen sowie Vertreterinnen und Vertreter der beruflichen Praxis. Auch wenn die Begehung in der Regel auf einen Standort beschränkt ist, wird die Durchführung des Studiengangs an allen Standorten bei der Bewertung berücksichtigt (Nummer 3; vgl. C 3 EA). Die Gutachtergruppe verfasst ein Gutachten, das einschlägige Belege, Analysen und Schlussfolgerungen mit Bezug auf die Anforderungen an Joint-Degree-Programme enthält. Das Gutachten enthält auch Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Programms. Zudem gibt die Gutachtergruppe eine Empfehlung für die Entscheidung ab. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen richten ein besonderes Augenmerk auf die Spezifika des Joint-Degree-Programmes. Die Hochschulen erhalten die Gelegenheit, zur Entwurfsfassung des Gutachtens Stellung zu nehmen, auch um ggf. auf sachliche Fehler hinweisen zu können (Nummer 4; vgl. C.4 EA). Hinsichtlich der aus mindestens vier Mitgliedern bestehenden Gutachtergruppe gilt, dass diese Expertise in den entsprechenden Fächern oder Fachdisziplinen einschließlich des Arbeitsmarktes und der Arbeitswelt in den entsprechenden Bereichen und Expertise auf dem Gebiet der Qualitätssicherung im Hochschulbereich verbindet. Dank ihrer internationalen Expertise und Erfahrung kann die Gutachtergruppe die Besonderheiten des Joint-Degree-Programms berücksichtigen. Die Gutachtergruppe besitzt als Ganzes Kenntnisse der Hochschulsysteme der beteiligten Hochschulen sowie der verwendeten Unterrichtssprachen. Die Gutachtergruppe verfügt über Mitglieder aus mindestens zwei an dem Konsortium beteiligten Ländern, die das Programm anbieten. In der Gutachtergruppe ist mindestens eine Studierende oder ein Studierender vertreten. Die Regelungen in § 25 Absatz 3 Satz 1 (Mehrheit der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer bei der Bewertung), Absatz 5 (Ausschluss von Gutachterinnen oder Gutachtern zur Vermeidung von Interessenskonflikten) und Absatz 6 (Recht der Hochschule zur Stellungnahme) gelten entsprechend (Nummer 5; vgl. C.2 EA).

Nummer 6 legt fest, dass eine positive Akkreditierungsentscheidung auf Basis einer entsprechenden Bewertung nur getroffen werden kann, wenn diese Bewertung begründet wurde, mögliche Auflagen erfüllt wurden und die Entscheidung abschließend ist. Damit obliegt es nicht dem Akkreditierungsrat, sondern der mit der Bewertung beauftragten Agentur dafür Sorge zu tragen, dass die Entscheidung für die Hochschulen nachvollziehbar ist und der Follow-up-Prozess einschließlich ggf. der Erfüllung von Auflagen abgeschlossen ist. Diese ist auch verpflichtet, die Bewertung auf ihrer Website zu veröffentlichen. Sollte die Bewertung nicht in englischer Sprache erfolgt sein, sind zumindest die englische Zusammenfassung des Gutachtens und eine englische

Version der Bewertung einschließlich ihrer Begründung zu veröffentlichen (vgl. C 5, 7 und 8 EA).

Satz 3 stellt klar, dass auch die Akkreditierungsentscheidung des Akkreditierungsrates zur Anerkennung der Bewertung durch schriftlichen Bescheid ergeht, zu begründen ist, der Hochschule vorher Gelegenheit zur Stellungnahme mit Monatsfrist zu geben ist und der Akkreditierungsrat bei positiver Entscheidung sein Siegel verleiht (§ 22 Absätze 2, 3 und 4 Satz 1). Die Akkreditierungsentscheidung wird entsprechend § 26 Absatz 1 Satz 1 mit Beginn des auf die Bekanntgabe folgenden Semesters oder Trimesters wirksam. Rechtzeitig vor Ablauf ist eine Reakkreditierung einzuleiten (§ 26 Absatz 2 Satz 1). Auch für Akkreditierungsentscheidungen zu Joint-Degree-Programmen gilt, dass die Hochschule wesentliche Änderungen dem Akkreditierungsrat anzuzeigen hat (§ 28) und dass die Entscheidung nebst Gutachten durch den Akkreditierungsrat zu veröffentlichen ist. Gleiches gilt auch für interne Akkreditierungsentscheidungen von systemakkreditierten Hochschulen zu Joint-Degree-Programmen. Satz 4 legt fest, dass der Geltungszeitraum der Akkreditierung bei Akkreditierung und Reakkreditierung abweichend von § 26 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 entsprechend des Europäischen Ansatzes nur sechs Jahre beträgt (vgl. C 9 EA). Satz 5 stellt im Interesse der Transparenz sicher, dass Akkreditierungsentscheidungen, die aufgrund der Anerkennung einer Bewertung von Joint-Degree-Programmen ergehen, bei der Veröffentlichung als solche erkennbar sind. Gleiches gilt nach Satz 6 für die Information zum Studienprogramm in den Studienabschlussdokumenten (insbesondere Studiengangserläuterung/diploma supplement).

Absatz 2 erweitert den Anwendungsbereich der in § 10 Absätze 1 und 2, § 16 Absatz 1 und § 33 Absatz 1 festgelegten Kriterien und Verfahrensregeln des sogenannten European Approach auf Joint-Degree-Programme, die in Kooperation mit Hochschulen außerhalb des Europäischen Hochschulraums durchgeführt werden, wenn sich die außereuropäischen Kooperationspartner in einer Kooperationsvereinbarung mit der inländischen Hochschule zur Anwendung dieser Grundsätze verpflichtet haben.

Zu Abschnitt 6 – Alternative Akkreditierungsverfahren

Zu § 34 – Alternative Akkreditierungsverfahren

Absatz 1: Mit der Regelung in § 34 wird die in Artikel 4 Absatz 4 i.V.m. Artikel 3 Absatz 1 Nummer 3 Studienakkreditierungsstaatsvertrag eröffnete Möglichkeit für andere Akkreditierungswege als Alternative zur System- und Programmakkreditierung, die ebenfalls den Kriterien nach Artikel 2 Studienakkreditierungsstaatsvertrag verpflichtet sind, umgesetzt.

Absatz 2 verpflichtet auch die alternativen Verfahren auf die Einhaltung der formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien nach den Abschnitten 2 und 3. Außerdem sind die im Studienakkreditierungsstaatsvertrag – insbesondere in Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 –

und in dieser Verordnung geregelten Anforderungen an die angemessene Beteiligung der Wissenschaft entsprechend den ESG und den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes im Beschluss vom 17.02.2016 einzuhalten. Sind in die alternativen Verfahren auch Lehramtsstudiengänge und Studiengänge mit Evangelischer oder Katholischer Theologie einbezogen, gelten die in dieser Verordnung geregelten Mitwirkungs- und Zustimmungserfordernisse. Eine Verpflichtung der Hochschulen, sich einer Agentur zu bedienen, besteht nicht.

Absatz 3: Beabsichtigt eine Hochschule, ein alternatives Verfahren durchzuführen, bedarf dies der vorherigen Zustimmung sowohl des Akkreditierungsrates als auch der zuständigen Wissenschaftsbehörde des jeweiligen Landes; in Baden-Württemberg ist dies das Wissenschaftsministerium. Damit ist sichergestellt, dass das Wissenschaftsministerium von Anfang an einbezogen ist, das dabei auch die Anforderungen an die reglementierten Berufe gewährleistet. Grundlage der Zustimmung ist eine Beschreibung des vorgesehenen Verfahrens, zu dessen Bewertung im Hinblick auf die Geeignetheit, den sich aus dem Studienakkreditierungsstaatsvertrag und dieser Verordnung ergebenden Anforderungen an die Qualitätssicherung zu entsprechen, der Akkreditierungsrat externen Sachverstand hinzuziehen kann. Auch der nach der Zustimmung zu stellende Antrag ist über das Wissenschaftsministerium dem Akkreditierungsrat vorzulegen.

Im Rahmen der Abstimmung mit dem Land kann der Akkreditierungsrat seine Zustimmung nur verweigern, wenn das alternative Verfahren die Einhaltung der Maßgaben nach Artikel 2 Studienakkreditierungsstaatsvertrag und der Grundsätze für die angemessene Beteiligung der Wissenschaft nicht gewährleisten kann. Darüber hinaus soll das alternative Verfahren aber auch weitergehende Erkenntnisse zur Qualitätssicherung vermitteln, die über die Programm- und Systemakkreditierung hinausgehen.

Absatz 4: Die näheren Einzelheiten des Verfahrens werden in einer Verfahrensordnung des Akkreditierungsrats geregelt.

Absatz 5: Das alternative Verfahren wird auf maximal acht Jahre befristet, d. h. dass in diesen Fällen auch kürzere Geltungszeiträume der Akkreditierung vorgesehen werden können. Wie im Fall der Systemakkreditierung, erhält die Hochschule auch im Rahmen des alternativen Verfahrens das Recht, das Siegel des Akkreditierungsrates für die von ihr geprüften Studiengänge selbst zu verleihen. Die in § 26 Absatz 3 Satz 3 vorgesehenen Verlängerungsmöglichkeiten gelten entsprechend. Auch im Rahmen alternativer Verfahren ist im Interesse der Studierenden auf eine lückenlose Akkreditierungskette zu achten.

Der Akkreditierungsrat begleitet das alternative Verfahren, das rechtzeitig vor Ablauf der Projektzeit von einer unabhängigen, wissenschaftsnahen Einrichtung als Voraussetzung für eine Fortsetzung des Verfahrens zu evaluieren ist.

Zu Abschnitt 7 – Schlussvorschriften

Zu § 35 – Verbindung mit Verfahren, die die berufszulassungsrechtliche Eignung eines Studiengangs zum Gegenstand haben

Absatz 1 eröffnet bisher bereits bestehende Möglichkeit der organisatorischen Verbindung von Akkreditierungsverfahren mit Verfahren, die über die berufszulassungsrechtliche Eignung eines Studiengangs entscheiden, auch im Rahmen des neuen Akkreditierungssystems. Die Vorschrift ist im Sinne eines Angebots an die zuständigen staatlichen Stellen zu verstehen, die Akkreditierungsverfahren zu nutzen, um im Interesse der Studierenden die Eignung eines Studiengangs im Hinblick auf den Zugang zu reglementierten Berufen zu prüfen. Bisher wurde diese Möglichkeit insbesondere im Bereich Wirtschaftsprüfung und Sozialarbeit/Sozialpädagogik wahrgenommen. Künftig könnte die Möglichkeit im Rahmen der vorgesehenen akademischen Ausbildung der Gesundheitsberufe eine Rolle spielen. Die Verbindung der Verfahren setzt einen entsprechenden Antrag der Hochschule voraus.

Absatz 2 stellt klar, dass die im Hinblick auf die berufsrechtliche Eignung hinzuzuziehenden externen Experten lediglich beratende Funktion haben und keinen Einfluss auf die Akkreditierungsentscheidung ausüben. Die Akkreditierungsentscheidung einerseits und die Entscheidung über die Feststellung der berufsrechtlichen Eignung auf der Grundlage der berufsrechtlichen Vorschriften andererseits sind rechtlich getrennte Entscheidungen. Letztere erfolgt durch gesonderten Bescheid der jeweils zuständigen staatlichen Stelle gegenüber der Hochschule.

Die Regelung bezieht sich nur auf solche Modelle, die zwischen Studium und Praxisphasen (zum Beispiel zur Erlangung der staatlichen Anerkennung) trennen. Einphasige Modelle mit integrierten Praxiszeiten bleiben unberührt.

Zu § 36 – Evaluierung

Absatz 1 sieht eine Evaluierung drei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung vor, um ihre Anwendungen und Auswirkungen zu überprüfen.

Absatz 2: Das Ergebnis der Evaluierung ist der Kultusministerkonferenz vorzulegen, damit gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen getroffen werden können.

Zu § 37 – Inkrafttreten

Die Studienakkreditierungsverordnung tritt im Wege der Rückwirkung zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Studienakkreditierungsstaatsvertrages in Kraft.

Von Übergangsregelungen im Hinblick auf die zu erwartende zeitliche Diskrepanz zwischen dem Inkrafttreten des Studienakkreditierungsstaatsvertrages und der Rechtsverordnungen in den Ländern wurde in der Musterrechtsverordnung abgesehen, da

durch eine rückwirkende Inkraftsetzung der Rechtsverordnungen sichergestellt werden kann, dass keine Akkreditierungslücke entstehen wird. Da mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts und der Erarbeitung des Studienakkreditierungsstaatsvertrages und dessen Inkrafttreten am 01.01.2018 sowie durch die Anhörung aller Beteiligten durch die Kultusministerkonferenz und das Wissenschaftsministerium im Rahmen der Erarbeitung der Musterrechtsverordnung und die Beschlussfassung der Kultusministerkonferenz über die Musterrechtsverordnung am 07.12.2017, die am 11.12.2017 auf der Internetseite der Kultusministerkonferenz veröffentlicht wurde, alle relevanten Akteure über die Umstellung des Akkreditierungssystems hinreichend informiert sind, ist eine solche rückwirkende Inkraftsetzung rechtlich zulässig.

Im Übrigen gelten für Verfahren der Programm- oder Systemakkreditierung, die vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Studienakkreditierungsstaatsvertrags bereits begonnen haben, nach Artikel 16 Absatz 1 Studienakkreditierungsstaatsvertrag für den Abschluss der Verfahren die bisherigen Regelungen einschließlich der Regelungen zum Geltungszeitraum der Akkreditierung. Für Reakkreditierungsverfahren, soweit der Vertragsschluss nicht vor Inkrafttreten des Staatsvertrags erfolgt ist, finden ausschließlich die Regelungen dieser Verordnung Anwendung. Dies gilt insbesondere für Fragen der Verlängerung des Geltungszeitraums der Akkreditierung, der Anzeigepflicht bei Änderungen und für die Antragsvoraussetzungen bei der Reakkreditierung. Dies bedeutet, dass für einen Antrag auf Systemreakkreditierung ein Nachweis einer Zwischenevaluation nicht mehr erforderlich ist.

III. Nachtrag vom 24.05.2018

Aufgrund der Eilbedürftigkeit hat der Normenkontrollrat einer nachträglichen Beteiligung zugestimmt.